Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Mgdbg.-Neustadt. Druck von Franz Berhge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127. Redaktion: Breiteweg 127 (Eing. Schrotdorferstr.). Fernsprecher 1567.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.50 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pfg. Insertionsgebühr die fünfgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Nr. 7779

Nr. 210. **Magdeburg, Freitag, den 8. September 1899.** **10. Jahrgang.**

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Wer kann die Junker besiegen?

Die Kanalgegner fühlen sich als Sieger und haben allen Grund dazu. Der feste Wille der Regierung imponiert ihnen durchaus nicht, und wenn der Kanzler in seinem Abschiedssprüchlein nichts anderes zu sagen hat, als die Hoffnung zu bekunden, es werde wohl gelingen, „bereits" in der nächsten Session den Antrag von neuem einzubringen, so imponiert das freilich denen um Kanitz und Wangenheim noch viel weniger. „Die Herren Minister können uns sonst was" — sagten vor zwei Jahren die Agrarier in ihrer Cirkusversammlung und deshalb belächeln sie dieses „bereits" nach Gebühr und lassen sich in ihrer Siegesfreude nicht stören.

Dagegen haben die Zeitungsmacher des bürgerlichen Liberalismus immer noch die Sprache nicht wiedergefunden und stehen da wie der Lohgerber, dem die Felle davongeschwommen sind. In der That ist eine gründlichere Blamage auch nicht mehr möglich, wie die, welche sich die Bourgeoisie — diesmal geholt und die klatschenden Ohrfeigen, welche ihr das Junkertum applizierte, waren durchweg verdient. Hat doch die bürgerliche Presse ganz mit Recht die Kanalangelegenheit als eine Kraftprobe hingestellt, eine Kraftprobe, bei der alle Chancen auf Seiten der Bourgeoisie waren. Es handelte sich um ein materielles Interesse und war daher zu erwarten, daß die politischen Vertreter der Interessenten sich ins Zeug legen, es handelte sich um ein Kulturwerk, weshalb denn auch die öffentliche Meinung ungeteilt auf Seiten der Bourgeoisie stand, und auch die Regierung stand auf ihrer Seite. Als es aber zum Konflikt kam, da zeigte es sich, daß die ganze Hoffnung des tapferen Bürgertums einzig auf die Hilfe der Regierung begründet war, daß es aus eigener Kraft nicht zu siegen hoffte und es war ein Schauspiel für Götter, wie die braven Mannen der Nationalliberalen und der Freisinnigen jubelten, als die Autorität des kaiserlichen Wortes in die Wagschale fiel, weil sie nun aus der Kampfeslinie kamen. Diese „Staatserhalter" wußten eben von vornherein, daß sie eines Kampfes gegen das Junkertum absolut unfähig sind, sie können wohl ihre Macht geltend machen, wenn es darauf ankommt, das Proletariat zu knebeln und zu drangsalieren, aber sie sind unfähig, dem Junkertum gegenüber auch nur die Stellung einzunehmen und zu behaupten, welche dem Bürgertum infolge der thatsächlichen sozialen Verhältnisse in der That zukommt.

So kam es, daß die Junker diesem schmählichen politischen Waschlappen gegenüber noch den Hohn geltend machen konnten, sich auf die Verfassung zu berufen, welche dem kaiserlichen Worte nicht so ohne weiteres den Ausschlag überläßt. Ohne die Regierung sind eben die Liberalen gar nichts, und diese Regierung (das wissen die Junker nur zu wohl) kann unter den derzeitigen Zeitläuften, denen die Zuchthausvorlage den Stempel aufdrückt, gegen die Junker, gegen die Repräsentanten der skrupellosen Reaktion nichts unternehmen.

Nun kann allerdings die Regierung den Junkern auch ihre Herzenswünsche nicht erfüllen: sie kann und wird zum Beispiel die Freizügigkeit nicht aufheben, sie kann und wird die Handelsinteressen der Industrie nicht opfern, um den Junkern noch höhere Kornzölle bei den kommenden Handelsverträgen zu garantieren, aber sie wird sicher mit allen Kräften dahin wirken, den Großgrundbesitzern so viel wie möglich Schutz zu gewähren, damit sie ihre ökonomische und damit ihre politische Stellung behaupten, weil eben die derzeitige Regierung an die Interessen der Junker gefesselt ist. Dieser Schutz aber, diese „kleinen Mittel", als da sind Aufrechterhaltung der jetzigen Kornzölle, Verhinderung der Fleischeinfuhr, Verabreichung von „Liebesgaben", hemmen die Entwicklung Deutschlands, schädigen das Bürgertum. Andrerseits zeigt die jetzige Kraftprobe, daß dieses Bürgertum die Kraft nicht finden wird, die Regierung zu einer andern Haltung zu zwingen. Es wird also fortgewurstelt werden in der alten Weise: Während die soziale Entwicklung mit unwiderstehlicher Kraft vorwärts treibt, Deutschland zu einem Industriestaate par excellence gestaltet, wird das Hängen und Würgen zwischen großkapitalistischer Politik und junkerlicher Rückwärtserei fortdauern, bis bis — eine andere Macht eingreift und Bahn freimacht für eine gedeihliche Entwicklung, und diese Macht kann nur sein: das Proletariat.

Wie die Dinge heute stehen, bedeutet jeder Schritt vorwärts, den die Arbeiterbewegung in Deutschland thut, einen Abbruch der Macht des ostelbischen Agrarier- und Junkertums, aber endgiltig gebrochen kann diese Macht nur werden, wenn in der Domäne der Junker selbst die proletarische Macht zur Entfaltung kommt.

Worauf beruht denn die politische Macht der Junker? Auf ihrem Besitz an Land, welcher ihnen die Herrschaft über Millionen von Menschen sichert. Die Dinge liegen heute so, daß auf die 3 308 000 landwirtschaftlichen Betriebe in Preußen 20 390 Großbetriebe von über 100 Hektar entfallen, während von den 28 500 000 Hektar Fläche 9 333 000 dem Großgrundbesitz angehören. 1/162 der Betriebe verfügt also über 1/3 des Bodens, und die Uebermacht des Großgrundbesitzes kommt hierbei noch gar nicht genügend zum Ausdruck, weil die Zahl der Großgrundbesitzer thatsächlich geringer ist, indem vielfach eine ganze Anzahl von Betrieben in den Händen eines Latifundienbesitzers sich befindet. Dieser immense Besitz verbürgt den Junkern ihre Machtstellung, gestattet ihnen die Offizierstellen zu besetzen, die höheren Beamtenstellen für sich zu behaupten.

Aber dieser Besitz erhält seinen Wert lediglich durch die Arbeit der Millionen Landproletarier, welche im Schweiße ihres Angesichts schanzen, um die vielen Hunderte von Millionen Mark an Grundrente und Profit zu produzieren. Arbeit der Knechte, der Insten und Kossäten macht den Junker zum reichen Mann; deshalb und weil er über ihre Stimmen bei den Wahlen verfügt, wird seine Partei zum ausschlaggebenden Faktor in der preußischen und damit der deutschen Politik. Erhebt sich diese Phalanx von Arbeitern, fordert sie ihren Anteil an den Gütern, die sie erzeugt, besinnen sich diese Millionen von Menschen auf ihre Rechte, so ist es vorbei mit der Junkerherrlichkeit für immer. Ihre Macht liegt in ihrer Zahl: denn 20000 Großgrundbesitzern stehen gegenüber 3 300000 Proletarier, wovon **2 063 000 Männer.**

In den eigentlichen Domänen des Junkertums, in Ostelbien, ist die Zahl der landwirtschaftlichen Proletarier natürlich am stärksten vertreten. Es weisen Ost- und Westpreußen, Pommern, Brandenburg und Posen*) die meisten landwirtschaftlichen Proletarier unter der Gesamtbevölkerung auf, und diese Proletariermassen können, wenn sie mündig sind und ihre Interessen geltend machen, den Ausschlag geben. Das geht schon aus folgenden Zahlen hervor: Bei der letzten Berufszählung wurden 2 418 000 Erwerbsthätige in diesen Provinzen gezählt, also Selbständige, Angestellte und Arbeiter, in Landwirtschaft, Industrie und Handel, und davon entfallen auf die Landarbeiter allein 990 207, d. h. 41 Prozent. Dabei sind aber unter den Selbständigen in der Landwirtschaft zweifellos eine bedeutende Zahl solcher Parzellenbesitzer eingezählt, welche thatsächlich der Hauptsache nach Landarbeiter sind, so daß nahezu die Hälfte der männlichen erwerbsthätigen Bevölkerung dem Landproletariat zuzählen ist.

In Bezug auf das „Agrarprogramm" bestehen innerhalb der Sozialdemokratie bedeutende Meinungsunterschiede; aber darüber dürfte wohl kaum ein Zweifel bestehen, daß so weit diese Domänen des Junkertums in Betracht kommen, das einfache, klare, proletarische Programm mit aller Wirksamkeit zur Agitation unter der ländlichen Bevölkerung verwendbar ist.

Wohlan!

Es gilt dieses Programm hineinzutragen in die Hütten der ostelbischen Landproletarier. Eine schwere Aufgabe ohne Zweifel, aber keine unlösbare, wie die Ergebnisse der letzten Reichstagswahl in Ostpreußen beweisen; vor Schwierigkeiten aber ist die Sozialdemokratie noch niemals zurückgeschreckt.

Das Bürgertum Deutschlands wird mit den Junkern nie und nimmer fertig, die Sozialdemokratie muß den Kampf allein ausfechten und kann ihn ausfechten. Sie hat ihn bisher geführt auf dem Gebiete der allgemeinen Politik, sie wird ihn zum Austrag bringen in den Gebieten, welche heute das Junkertum für uneinnehmbar erklärt, indem sie gegen die Handvoll Junker die Armee des ländlichen Proletariats mobil gemacht. —

*) Schlesien lassen wir hier als industrielle Provinz außer Acht.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Der **Kaiser** weilt gegenwärtig in den Reichslanden zwecks Besichtigung der Truppen und Prüfung ihrer Leistungen. Im Anschluß hieran fand am 5. September im Schloß zu Straßburg ein Festmahl statt, wobei der Kaiser einige Worte der Anerkennung über den ihm gewordenen Empfang und der Haltung der elsaß-lothringischen Bevölkerung sagte. Wir heben aus der Rede des Kaisers folgende Stelle hervor: „. . . Meine Herren, Ich spreche Ihnen Meinen Glückwunsch aus zu dem Zustande, in dem Ich die Reichslande getroffen habe. Ich ehre die Gefühle der alten Generation, denen es schwer gewesen ist, sich in die neuen Verhältnisse zu fügen. Ich bin dankbar und gerührt für den Jubel der jungen Generation, die aufgewachsen ist unter dem Banner des Reiches. Vor allem aber möchte Ich den edlen Herren der Kirche, die einen so großen Einfluß auf unsere Bevölkerung haben, ans Herz legen, daß sie mit ihrer ganzen Arbeit und mit Einsetzen ihrer ganzen Persönlichkeit dafür sorgen, daß die Achtung vor der Krone, das Vertrauen zur Regierung immer fester und fester werde; denn in den heutigen bewegten Zeiten, wo **der Geist des Unglaubens durch die Lande zieht,** ist der einzige Halt und der alleinige Schutz, den die Kirche hat, die kaiserliche Hand und das Wappenschild des deutschen Reiches . . . Deshalb erhebe Ich Mein Glas und trinke auf das Wohl der Reichslande, in der Hoffnung, daß ihnen noch lange dieser Friede beschieden sei, zur ruhigen, schwunghaften Fortentwicklung. Was Ich dazu thun kann, Mein Land in Frieden zu erhalten und zu regieren, das soll geschehen." —

Vom Organ des Bundes der Landwirte wird **die Rede des Kaisers** wie folgt kommentiert: Der Ausspruch, daß in den heutigen bewegten Zeiten der einzige Halt und der alleinige Schutz, den die Kirche habe, die **kaiserliche Hand** und das Wappenschild des Deutschen Reiches sei, kann mißverstanden werden. Wer die religiösen Ueberzeugungen und Empfindungen Sr. Majestät kennt, weiß aber, wie er gemeint ist. Daß die Kirche ihren einzigen Halt und ihren alleinigen Schutz bei dem hat, auf dessen Namen und Heilsthat sie gegründet ist, das weiß unser Kaiser. Er hat lediglich gemeint, daß Kaiser und Reich in den jetzigen bewegten Zeiten der Kirche den äußerlichen Schutz allein zu verleihen vermögen. Immerhin wird man dem entgegenhalten können, daß die Kirche überhaupt keines äußeren Schutzes bedürfe. — Unseres Erachtens hat der Kaiser in seiner Rede den Stab über den Diktaturparagraphen und den Ausnahmezustand in den Reichslanden gebrochen. Er hob den glänzenden wirtschaftlichen Aufschwung des Landes und die loyale Haltung der Bevölkerung hervor, er stellte fest, daß die jüngere Generation sich den neuen Verhältnissen angepaßt und daß die ältere Generation sich wenigstens mit dem Zustande nach dem Frankfurter Frieden abgefunden habe. Der logische Zwang der kaiserlichen Kundgebung wäre demnach die rascheste Beseitigung aller Ausnahmezustände und der Sturz des Diktaturparagraphen, nach dem Elsaß-Lothringen verwaltet wird wie Feindesland. Wie allerdings das praktische Ergebnis sein wird, darüber skeptisch zu urteilen, ist nach den reichen Erfahrungen des letzten Jahrzehnts wohlbegründet. Andererseits macht der Vorwärts darauf aufmerksam, daß der Kaiser mit seiner früher geäußerten Anschauung gebrochen hat: „Die Herren Pastoren sollen sich um die Seelen ihrer Gemeinde kümmern, die Nächstenliebe pflegen, aber die Politik aus dem Spiele lassen, dieweil sie das gar nichts angeht." Nach der Straßburger Rede darf man diese Anschauung für erledigt halten. Die Herren Pastoren dürfen nicht nur, sondern sie sollen Politik treiben, die Politik der Krone und der Regierung; sie sollen als eine Art geistlicher Landräte die Aufgaben erfüllen, die der letzte Erlaß Hohenlohes den widerspenstigen weltlichen Landräten angewiesen hat. Kein Zweifel, daß nunmehr der Ober-Kirchenrat eine neue völlig umgearbeitete Auflage jenes älteren Rundschreibens verbreiten wird, in der er es den Geistlichen zur ersten Pflicht machen wird, maßgebend auch auf die dem kirchlichen Gebiete fremden öffentlichen Angelegenheiten einzuwirken. Eine weitere Konsequenz müßte sein, daß die wegen ihrer politischen Thätigkeit seiner Zeit gemaßregelten Pfarrer wieder in Amt und Würden eingesetzt werden. Die Zeit der politischen Pastoren ist wieder gekommen. —

Die **neuen Minister** haben ihre Geschäfte übernommen. Freiherr v. Rheinbaben hat nach der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung am Mittwoch sein Amt übernommen. Der neue Kultusminister Studt übersiedelt am Freitag nach Berlin. —

Ueber **die Vorgeschichte der Zurdispositionsstellung der politischen Beamten,** die gegen den Mittellandkanal gestimmt haben, erfährt der Hannoversche Courier, die Initiative sei bestem Vernehmen nach auf den Monarchen zurückzuführen. „Der Reichskanzler sprach im Kronrate als Ministerpräsident entschieden für eine solche Maßregel, ebenso aber auch v. Miquel. Fürst Hohenlohe war auch für die Auflösung, den Bedenken, die dagegen von anderer Seite vorgebracht wurden, vermochte er aber eine gewisse Berechtigung nicht abzusprechen. Nach dem Kronrate machte er sein Verbleiben im Amte davon abhängig, ob seinem Verlangen nach Maßregelung der politischen Beamten, die gegen die Kanalpolitik der Regierung aufgetreten waren, seitens der Krone Bedeutung beigelegt werde oder nicht. Der Kaiser entschloß sich, die Zurdispositionsstellung der betreffenden Beamten zu verfügen. Bewahrheitet sich diese Mitteilung, so wird der Haß der Junker sich vornehmlich gegen Hohenlohe und Miquel richten. Ob diese beiden Männer ihren Angriffen erliegen? —

Die Solidarität der Kanalgegner. Mit dem zur Disposition gestellten Landrat v. Wrochem in Wohlau hat nach der Schlesischen Volkszeitung auch dessen Stellvertreter v. Gerlach sein Amt niedergelegt. —

Es krieselt. Weitere Personalveränderungen im Ministerium vor dem Wiederzusammentritt des Landtags bezeichnet der Hannoversche Courier als unvermeidlich. Eines Abends werde der Reichsanzeiger wieder eine Ueberraschung bringen. Da scheint ja Lucanus noch viel beschäftigt zu sein. (Siehe Letzte Nachrichten.) —

Prozeß Dreyfus.

Fünfundzwanzigster Tag.

Rennes, den 6. September 1899.

In der Dienstagssitzung des Kriegsgerichts in Rennes ist es bekanntlich dem Verteidiger Labori gelungen, nachdem einmal durch die Vernehmung des Abenteurers Cernuschi ein Anfang mit der Vernehmung ausländischer Zeugen gemacht worden war, durchzusetzen, daß auch die hauptsächlich in Betracht kommenden Zeugen für die Unschuld Dreyfus', die Militärbevollmächtigten Italiens und Deutschlands Panizzardi und v. Schwartzkoppen zur Abgabe einer Zeugenaussage aufgefordert werden sollen. Wenngleich Labori mit seinem weitergehenden Antrag, auf diplomatischem Wege von den in Betracht kommenden Regierungen die Auslieferung der im Bordereau genannten militärischen Dokumente zu erlangen, nicht durchdrang, so hatte doch der Regierungskommissar Carriere nichts gegen die Ladung von Schwartzkoppen und Panizzardi selbst einzuwenden.

Für den Gang des Prozesses selbst wird natürlich das Zeugnis der beiden fremdländischen Offiziere, sobald ihnen die Ermächtigung zur Zeugenaussage erteilt wird, mit denen Dreyfus nach der Behauptung seiner Ankläger hauptsächlich in Verbindung gestanden haben soll, von großem Wert sein. Bisher haben sich beide nur privatim dahin geäußert, daß sie niemals in Beziehung zu Dreyfus gestanden hätten.

Seitens der italienischen Regierung ist auch nur auf Umwegen bisher erklärt worden, daß Dreyfus niemals an Italien militärische Dokumente ausgeliefert hätte.

Anders liegt die Sache mit der deutschen Regierung. Seitens dieser ist bekanntlich auch vor der deutschen Volksvertretung in feierlichster Form erklärt worden, daß niemals Verbindungen irgend welcher Art zwischen Dreyfus und irgend welchen deutschen Organen bestanden hätten.

Es fragt sich nun, ob die deutsche Regierung geneigt sein wird, ihrem Militärbevollmächtigten die Ablegung eines Zeugnisses zu gestatten. Labori hat in richtiger Erkenntnis der Sachlage sich zu einem außergewöhnlichen Schritt entschlossen. Er richtete an Kaiser Wilhelm und an König Humbert Telegramme, in welchen er die Souveräne bittet, entweder zu gestatten, daß die genannten Offiziere als Zeugen persönlich vor dem Kriegsgericht erscheinen, oder sie auf dem Requisitionswege befragen zu lassen sowie die im Bordereau erwähnten Schriftstücke dem Kriegsgericht zu übermitteln. Im Zusammenhang damit steht wohl die Thatsache, daß sich der Staatssekretär des Auswärtigen v. Bülow am Dienstag zum Kaiser Wilhelm nach Stuttgart begeben hat. Schwartzkoppen selbst hält sich zur Zeit in Weißenfels auf. Man kann auf den weiteren Verlauf der Dinge, die dem Prozeß eine ganz andere Wendung zu geben geeignet sind, gespannt sein. — —

Die Sitzung wird um $6\frac{1}{2}$ Uhr eröffnet und die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. In der nichtöffentlichen Sitzung, die um $8\frac{1}{2}$ Uhr schließt, wird Cernuschi vernommen und gewisse Stücke aus den Geheimakten werden nochmals geprüft. Um $8\frac{3}{4}$ Uhr wird die Oeffentlichkeit bei dichtgefülltem Saale wieder hergestellt.

Das Zeugenverhör wird fortgesetzt.

Zunächst verlangt Demange, daß die Note vom August 1894 über die zeitweilig zum Generalstab kommandierten Offiziere den Akten beigefügt werde. General Roget und Präsident Jouaust äußern sich zu dieser Angelegenheit, worauf der Gegenstand verlassen wird.

Auf eine Anfrage Laboris führt Trarieux aus, er habe das „Petit bleu" geprüft und Vertrauen zu der Ehrenhaftigkeit Picquarts gehabt, als er ihn empfing. Es sei erwiesen, daß das „Petit bleu" echt sei, die Untersuchung habe gezeigt, daß die Radierung Picquart nicht zugeschrieben werden könne.

Lauth erklärt, er habe nichts dagegen einwenden können, als sein Vorgesetzter von ihm verlangte, die Spuren der Risse zu beseitigen. Erst als er gesehen habe, welchen Gebrauch man von dem „Petit bleu" machen wollte, habe er erzählt, was vorgefallen war.

Der gefälschte Rohrpostbrief.

Auf Wunsch Demanges wird festgestellt, es existiere keine schriftliche Spur davon, daß das ministerielle Mai-Cirkular von 1894 durch einen nachfolgenden Befehl ganz oder teilweise aufgehoben worden wäre. Roget gesteht dies zu, hält aber seine Meinung aufrecht, Dreyfus habe gleichwohl noch im August 1894 glauben können, er würde an den Manövern teilnehmen. Trarieux erwähnt die ausgezeichneten Beziehungen Picquarts zu allen Bureauchefs, insbesondere zu Henry und Lauth, lange nach der Affäre des Rohrpostbriefes. Mit einem Fälscher hätten Ehrenmänner gewiß nicht mehr verkehrt. Lauth stürzt auf die Schranke: „Man soll über diese ausgezeichneten Beziehungen Genaueres erfahren! Wir gaben einem Kollegen ein Abschiedsessen, bei dem unsere Frauen anwesend waren. Picquart wagte neben meine Frau eine Person zu plazieren, von welcher mir früher allerlei Seltsames erzählt [illegible]." (Große Bewegung.)

[illegible] die Meldung Paleologue, daß der [illegible] Schwartzkoppen habe an Esterhazy eine große Anzahl Rohrpostbriefe geschrieben. Schwartzkoppen könne sich nicht genau erinnern, ob der Text des von Picquart zusammengestellten Rohrpostbriefes ganz genau sei; aber es sei wahrscheinlich. Die Bewegung steigerte sich, als Zurlinden erklärt, die Untersuchung gegen Picquart habe ergeben, daß die an der Adresse des Rohrpostbriefes bemerkte Radierung nicht von Picquart herrühre, sondern später vorgenommen wurde. Nach dieser Richtung sei Picquart vollkommen rehabilitiert. Seine Maßregelung erfolgte wegen seines Verkehrs mit Leblois. Zurlinden begleitet diese wichtige Erklärung mit den Worten: Ich weiß, daß ich für Picquart günstig aussage; ich thue dies der Wahrheit zuliebe.

Trarieux kritisiert den Freispruch Esterhazys.

Trarieux kritisiert sodann Esterhazys Freispruch mit ungewöhnlicher Wärme. Der Präsident fordert ihn zur Zurücknahme der Beleidigung jener Kriegsrichter auf. Trarieux giebt eine mildernde Erklärung. General Billot will gleichfalls die Beleidigungen [illegible] Trarieux [illegible]. Er habe als Kriegsminister die Affäre Esterhazy nicht vernachlässigt, er [illegible] des Zeugnis des von ihm hochgeschätzten Picquart an. Ich sagte ihm damals: „Hören Sie, lieber Picquart, der Zar kommt nach Paris; sehen Sie zu, daß Sie die Sache Esterhazy erledigen." Ich bin kein Sachverständiger in Schreibsachen, aber glauben Sie meiner alten Erfahrung. Esterhazy hat, wenn er Spitzbübereien getrieben hat, nicht allein gearbeitet. Vielleicht finden Sie bei genauerem Nachforschen ein Band zwischen Esterhazy und Dreyfus.

Hier springt der Angeklagte auf: Ich protestiere ganz energisch gegen eine solche Insinuation! Demange veranlaßt Dreyfus, sich niederzusetzen. Labori (sehr heftig): Ich gestatte dem General Billot nicht, hier Dinge vorzubringen, für welche die Debatte nicht die geringste Veranlassung gab. Der Präsident ermahnt zur Mäßigung. Labori: Man will mir die Mittel der Verteidigung entziehen. Das Publikum applaudiert. Der Präsident entzieht Labori das Wort. (Großer Lärm.) Billot spricht weiter. Man hört kein Wort. Es herrscht eine lange nachwirkende Aufregung.

Noch ein günstiges Zeugnis für Dreyfus.

Der Zeuge Major Galopin sagt zu Gunsten Dreyfus' aus. Dieser habe in einem bestimmten Falle es vermieden, Aufklärungen über intime militärische Dinge zu erhalten. Zur Verlesung gelangt der Brief eines Obersten André, welcher die Note betreffs Madagascars kennt. Er behauptet, deren Wert konnte ein gewöhnlicher Truppenoffizier nicht schätzen. Hierauf wurde die Aussage du Paty de Clams verlesen, welche meist bekannte Daten wiedergiebt. Wie man voraussah, bestätigt du Paty de Clam Merciers Angabe, daß für die Zusammenstellung der Geheimakten Sandherr verantwortlich gewesen sei. Die Unterredung mit Dreyfus im Gefängnis stellt du Paty de Clam etwas anders dar, als Dreyfus, gesteht aber in der Hauptsache deren Inhalt zu.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen. — Morgen werden im Anschluß an die Aussage Du Patys mehrere Generäle auf die Fragen der Verteidigung zu antworten haben. Vielleicht wird auch der Zeuge Cernuschi nochmals in öffentlicher Sitzung vernommen. Die Plaidoyers dürften also morgen noch immer nicht beginnen. —

Ueber den **Verlauf der heutigen Sitzung** geht der Frankfurter Zeitung nachstehendes Stimmungsbild zu: Die heutige Verhandlung verlief im Anfang vortrefflich. General Zurlinden mußte die Unschuld Picquarts bezeugen, Paleologue, Vertreter des Ministers des Auswärtigen, machte die bedeutsame Mitteilung von den Erklärungen des deutschen Botschafters über die Kartenbriefe, die Schwartzkoppen an Esterhazy gesandt hat, welche Mitteilung allerdings auf das Kriegsgericht anscheinend bei weitem nicht so große Wirkung hervorbrachte als auf das Publikum. Eine ungünstige Wendung trat erst ein, als General Billot das Wort ergriff, um auf die Aussage Trarieux' zu antworten. Niemand versteht es besser, als General Billot, den biederen Greis zu spielen, der seinem tief gekränkten Empfinden mit bebender Stimme Worte verleiht. Niemand versteht auch besser, unter der Maske der Biederkeit jesuitische Insinuationen vorzubringen. So wurde die absurde Version einer Komplizität zwischen Dreyfus und Esterhazy, welche die Generale, wie gemeldet, seit einiger Zeit in Reserve halten, heute zum ersten Male durch Billot in die Welt gesetzt. In diesem Augenblick verlor Labori alle Selbstbeherrschung. Man kann es dem Verteidiger, der dazu immer noch an seiner Wunde leidet, nicht verargen, wenn er nach den vier Wochen dieses furchtbaren Kampfes seine Nerven nicht mehr meistern kann. Man kann es auch begreifen, daß die Verteidigung außer sich gerät, wenn sie sieht, wie die auf allen Punkten zurückgeschlagene Anklage noch zuletzt hinterrücks auf einem Schleichwege wiederzukehren sucht. Labori brach also los und es kam zu einer furchtbaren Scene zwischen ihm und dem Präsidenten, deren Folge war, daß Labori sich in Streit setzte. Jetzt klafft also ein offener Riß zwischen dem Präsidenten und der Verteidigung. Die Verhandlung ging infolgedessen in peinlicher Stimmung zu Ende und zur Stunde ist noch nicht abzusehen, welche Folgen dieser heute ausgebrochene Konflikt haben wird. (Wir werden diesen Teil der Verhandlung in der Beilage nächster Nummer ausführlich wiedergeben.) —

Die Frage, ob **die ausländischen Zeugen** seitens ihrer Regierungen die Erlaubnis zur Zeugenaussage erhalten, beschäftigt gegenwärtig die Tageszeitungen. Was Schwartzkoppen betrifft, so erscheint es wenig wahrscheinlich, daß er die Erlaubnis zur Zeugenaussage erhält. Amtlich hat bis zum Mittwoch abend über die Stellung der deutschen Regierung noch gar nichts verlautet. Der Reichsanzeiger nimmt weder von der Meldung der Agence Havas über die diplomatischen Schritte zur Ermöglichung der Aussagen Panizzardis und Schwartzkoppens Notiz, noch von dem am Mittwoch nachmittag aufgegebenen Wolffschen Telegramm, welches die Meldung von dem Telegramm Laboris an Kaiser Wilhelm und König Humbert enthält. Die offiziöse Norddeutsche Allgemeine Zeitung druckt die Wolffschen Meldungen, ohne irgend welche Bemerkungen dazu zu machen, ab. In den Berliner Abendblättern vom Mittwoch wird fast durchgängig die Meinung vertreten, daß Schwartzkoppen die Erlaubnis zur Aussage nicht erhalten werde. Das Berliner Tageblatt will wissen, daß das Auswärtige Amt sich formell auf den Standpunkt stellt, daß man vorerst das Eintreffen des französischen Ersuchungsschreibens auf dem ordnungsmäßigen diplomatischen Wege abwarten will. Man verhehle sich indessen in hiesigen diplomatischen Kreisen nicht, daß angesichts der fast beleidigenden Mißachtung, mit der die bisherigen in offizieller Form erlassenen Erklärungen der deutschen Regierung in Rennes behandelt worden sind, und angesichts der Behandlung, welche der Erklärung des österreichischen Oberst Schneider daselbst zu Teil geworden ist, die Gewährung der Rechtshilfe in dem vorliegenden Falle seitens der deutschen Behörden sehr wenig wahrscheinlich ist. Ganz ausgeschlossen sei, daß Oberst v. Schwartzkoppen vor die Barre des Kriegsgerichtes in Rennes treten könne. Es könnte sich höchstens darum handeln, daß Oberst von Schwartzkoppen vor seinem hiesigen zuständigen Militärgericht oder vor einem anderen deutschen Gericht eine Aussage abgäbe, die alsdann ebenfalls auf diplomatischem Wege der französischen Regierung übermittelt würde. Nach der Post, die im Auswärtigen Amt Erkundigungen eingezogen hat, ist bis Mittwoch nachmittag noch kein diplomatischer Schritt der französischen Regierung in der betreffenden Angelegenheit erfolgt, so daß für die deutsche Regierung auch noch keine Veranlassung vorlag, sich über ein diesbezügliches Gesuch zu äußern. Einem Berichterstatter des Berliner Lokalanzeiger soll Schwartzkoppen erklärt haben, er gehe weder nach Rennes noch werde er Aussagen machen. Wir werden ja sehen, ob diese Nachricht sich bestätigt. —

Letzte Depeschen.

Rennes. Die Zeugenvorladungen an Oberst v. Schwartzkoppen und Panizzardi sind gestern nachmittag auf diplomatischen Wege abgesandt worden. —

Mailand. Nach einem römischen Drahtbericht der Perseveranza befindet sich Oberst Panizzardi mit seinem Regimente gegenwärtig in den großen Manövern bei Bracciano. —

Belgrad. Cernuschi, der vor dem Renner Kriegsgericht gegen Dreyfus aussagte und behauptete, ein Abkömmling der alten serbischen Königsfamilie und wegen Teilnahme an einer politischen Bewegung geflüchtet zu sein, wird hier als Hochstapler betrachtet, da seine obigen Behauptungen polizeilich als erlogen betrachtet werden. — (Vossische Zeitung.)

Nachrichten aus dem Auslande.

Zur Krisis in Oesterreich nimmt nun die bisherige Regierungsmajorität offiziell Stellung. Tschechischen Blättern zufolge soll in der zweiten Hälfte des September die parlamentarische Kommission der Rechten zusammentreten, sowie eine Versammlung des tschechischen Abgeordnetenklubs stattfinden. Bis dahin aber würden noch wichtige Entscheidungen von seiten der Regierung fallen. In diesen dunkeln Andeutungen spiegelt sich die ganze Ratlosigkeit der reaktionären Regierungstruppe wieder, an deren Spitze Graf Thun glorreich amtiert. Die „wichtigste Entscheidung" der Regierung wird ja wohl die Demission Thuns sein, aber so etwas spricht man nicht offen aus, so lange noch ein Fünkchen Hoffnung im Herzen glimmt. —

Zur Transvaal-Krise.

Aus Bloemfontein wird am Dienstag telegraphiert, daß daselbst eine große Masse Kriegsvorrat auf dem Marktplatz niedergelegt worden sei, da Waffen und Munition unter die Bürger des Oranje-Freistaats verteilt werden sollen.

Dem Reuterschen Bureau wird ferner aus Baberton gemeldet, daß die Swazis im Falle des Ausbruchs eines Krieges die Buren angreifen würden, wenn sie nicht von den Engländern Befehl erhalten würden, sich eines solchen Angriffes zu enthalten.

In Durban (Natal) sind 147 Personen eingetroffen, die Transvaal in Eile verlassen haben. Die Freiwilligen werden nächtlicher Weile einexerziert.

In Pretoria hat inzwischen der Volksraad am Dienstag vormittag den von Coester eingebrachten Antrag angenommen, die Regierung zu befragen, warum britische Truppen an der Grenze zusammengezogen seien. Es wurde beschlossen, die Debatte über den Antrag bis Donnerstag zu vertagen, an welchem Tage die Regierung darauf antworten wird.

Daß übrigens nicht alle Engländer mit dem schroffen Vorgehen gegen Transvaal einverstanden sind, beweist eine Rede, welche der Liberale Morley, früher unter Gladstone Staatssekretär für Irland, am Dienstag vor seinen Wählern in Arbroath hielt. Morley trat nachdrücklich für eine versöhnliche Politik ein. Er erklärte, es sei wesentlich für England, sich eine freundliche Beurteilung seitens der holländischen Bevölkerung von Südafrika zu sichern und nicht die weißen Rassen daselbst uneinig zu machen. Wenn Transvaal in eine Kronkolonie verwandelt würde, würde man es mit Gewalt halten müssen; er betrachte einen Krieg, der dem Reich höhere Lasten auferlege, als den Gipfel menschlicher Thorheit. England brauche kein Räuberreich zu sein und ein Krieg mit Transvaal würde eine tiefe Schmach bedeuten.

Nach der National-Zeitung wird die Lage in unterrichteten Berliner Kreisen, in denen bisher noch Hoffnung auf friedliche Lösung verwaltete, als sehr ernst aufgefaßt. Am Freitag findet ein englischer Ministerrat statt. —

Prätoria. Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus spricht die letzte Depesche der Transvaal-Regierung, die hier veröffentlicht worden ist, das Bedauern aus, daß England die letzten Vorschläge Transvaals als unannehmbar bezeichnet habe. Transvaal bestreitet nicht die England gemäß der Konvention von 1884 zustehenden Rechte, und es giebt auch zu, daß England gemäß dem Völkerrecht für seine Staatsangehörigen eintritt. Transvaal lehnt es aber ab, die Souzeränetät Englands über die Südafrikanische Republik neuerdings zu bestätigen, und es erklärt sich zu einer Konferenz in Kapstadt bereit, auf der die Frage des Wahlrechts und der Vertretung der Uitlander im Volksraad erörtert werden soll. —

Nachrichten aus Magdeburg.

— **Das Stenogramm des Dreyfus-Prozesses.** Die Zeitungsberichte über die ungeheure Justiztragödie, die sich jetzt von neuem in Rennes abspielt, können auch nicht annähernd ein genaues und klares Bild der Vorgänge geben. Der Prozeß in Rennes hat aber keineswegs nur ein Interesse durch die Aufdeckung der Abscheulichkeiten der einzelnen hohen Militärs, sondern er giebt eine Fülle von Kenntnissen vom Wesen des Militarismus, von den mit Notwendigkeit aus ihm folgenden Gemeinheiten des internationalen Spionagesystems usw. Der Prozeß bietet ein ungemein bedeutsames Bild des kapitalistisch-militaristischen Unkultur-Zeitalters und sein gesamter Inhalt wird auf lange hinaus für die Kulturhistoriker wie für Politiker und besonders für den Bekämpfer des unseligen Militärsystems in höchstem Maße beachtlich bleiben. Es ist deshalb ein trefflicher Gedanke des Verlages von Kaden u. Co. in Dresden gewesen, dem deutschen Publikum die Verhandlungen in Rennes stenographisch zugänglich zu machen. Das gesamte Stenogramm ist auf 8 Lieferungen à 20 Pfennig (Gesamtpreis 1,60 Mark) berechnet. Bisher sind bereits mit löblicher Beschleunigung zwei Lieferungen erschienen, deren jede 64 Seiten umfaßt und sich im sauberen Einschlag darbietet. Leider haben sich in Magdeburg erst 100 Personen gefunden, welche die stenographischen Berichte lesen. Wir empfehlen allen Parteigenossen, eifrig für die Verbreitung dieser Broschüre zu agitieren. —

— Da die **Berliner Putzer** auf ihre Forderungen, die sie dem Arbeitgeber-Bund von Berlin und den Vororten zugesandt, eine ablehnende Antwort erhalten haben, hat eine große Versammlung am 4. September beschlossen, da, wo die Forderung der Putzer am 11. September nicht bewilligt, die Arbeit einzustellen. Die Berliner Putzer ersuchen nun alle Kollegen, die sich mit Putzarbeit beschäftigen.

hierauf zu achten. Wenn es den Unternehmern nicht gelingt, Hilfskräfte nach Berlin zu bekommen, so ist den Putzern der Sieg sicher. Die Lohnkommission der Putzer Berlins vertraut daher auf die Solidarität hiesiger Kollegen. —

— Veranlaßt durch fortgesetzte **Milzbrandvergiftungen** wurden vom Bundesrat Vorschriften zum Schutze von Leben und Gesundheit der in obengenannten Industrien beschäftigten Arbeiter erlassen, welche am 1. Juli dieses Jahres in Kraft traten. Gewähren diese Verordnungen auch nicht vollständigen Schutz gegen die Gefahren der Milzbrand-Infektion, so werden dieselben doch zweifellos die Gefahr wesentlich abschwächen. Um nun in absehbarer Zeit ein Gutachten über die Wirkung dieser Vorschriften abgeben zu können, ist es notwendig, daß dieselben sowohl von Unternehmern wie Arbeitern genau beachtet und eingehalten werden. Aus diesem Grunde richtet die Milzbrandkommission (J. V.: K. Dorn, Nürnberg, Wendelstraße 3) an alle Arbeiter und Arbeiterinnen die Bitte: ihr über die Handhabung und Wirkung der erlassenen Vorschriften, event. über Erkrankungen und Todesfälle jederzeit umgehend Nachricht zu geben, damit sie, bezugnehmend auf das gesammelte Material, den Bundesrat veranlassen kann, die bestehenden Verordnungen zweckentsprchend zu ergänzen. —

— Der Magistrat der Stadt Magdeburg hat auf **die Beschwerde** des Kleidermachermeisters Schumann in Bezug auf die bekannten Vorgänge in der Innungsversammlung der Schneider vom 28. Juni geantwortet, „daß daselbst lediglich beschlossen ist, in Erwägungen über die Errichtung einer Innungs-Krankenkasse und in die dazu erforderlichen Vorverhandlungen einzutreten. Ein endgültiger Beschluß kann erst erfolgen, wenn der Innungs-Versammlung der Entwurf eines Nebenstatuts der Krankenkasse zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt wird. In dem Genehmigungsverfahren wird dann diesseits zu prüfen sein, ob die Mitglieder des Gesellenausschusses ihre Zustimmung zu dem Beschlusse erteilt haben. Im allgemeinen bemerken wir, daß, wenn wie bei der Schneiderinnung ein Gesellenausschuß infolge der Wahl nicht wahlberechtigter Personen nicht zu stande kommt, ein Vollzug des § 95, Absatz 2 und 3 der Novelle zur Gewerbeordnung vom 26. Juli 1897 unmöglich ist, und die Gesellen alsdann durch ihre eigene Schuld der ihnen im Gesetze zugedachten Teilnahme am Innungsleben entbehren.“ Nun, die Gesellen werden so schnell auf ihre Rechte nicht verzichten. —

— Der Schneidermeister Heinrich Heck hat Beschwerde darüber geführt, daß der Vorstand der Schneider-Innung **eine Ordnungsstrafe von 3 Mark** über ihn verhängt hat, weil er in der Sitzung der Innungsversammlung am 28. Juni den Anordnungen des Vorsitzenden nicht Folge geleistet und sich ungebührlich benommen habe. Die Beschwerde ist, wie der Magistrat der Stadt Magdeburg dem Vorstand mitgeteilt hat, gesetzlich begründet. Nach § 92c der Novelle zur Gewerbe-Ordnung vom 26. Juli 1897 ist der Vorstand nur berechtigt, über Innungsmitglieder bei Verstößen gegen statutarische Vorschriften Ordnungsstrafen zu verhängen. Im Anschluß hieran bestimmt § 10 des Innungsstatuts, daß die Innungsmitglieder den Vorschriften des letzteren, den Beschlüssen der Innungsversammlung und den Anordnungen, welche vom Vorstande innerhalb seiner Zuständigkeit getroffen werden, Folge zu leisten haben, und daß Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften, Beschlüsse und Anordnungen vom Innungsvorstande mit Ordnungsstrafen geahndet werden können. Im vorliegenden Falle handelt es sich aber nicht um eine durch ordnungsmäßigen Beschluß des Vorstandes als Organ der Innung getroffene Anordnung desselben, sondern lediglich um eine zur Leitung der Verhandlungen der Innungsversammlung getroffene Anordnung des Vorsitzenden. Ueber die diesem zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Sitzungen der Innungsversammlung zustehenden Befugnisse trifft § 24 Absatz 2 des Innungsstatuts Bestimmung. Danach hat der Vorsitzende das Recht, Mitglieder, welche seinen zur Aufrechterhaltung der Ordnung erlassenen Befehlen nicht Folge leisten oder sich sonst ungebührlich benehmen, aus dem Versammlungsraum **auszuweisen.** Der Magistrat der Stadt Magdeburg stellt dem Vorstand der Schneider-Innung anheim, vorkommenden Falls von dieser Befugnis dem Beschwerdeführer gegenüber energisch Gebrauch zu machen. — Wir sind auf die Maßnahmen des Vorstandes neugierig. —

— **Gegen die Rauchbelästigung in den Großstädten.** Ein englischer Ingenieur, Walter Snow, hat vor kurzem den ersten erfolgreichen Versuch gemacht, die Fabrikschlöte durch Ventilatoren zu ersetzen. In einer Fabrik in Birmingham, die 16 Kessel in Betrieb hat, aus denen Gase und Rauchmassen durch einen mächtigen Schornstein, dessen Herstellungskosten sich auf 136 000 Mark beliefen, in die Luft geführt wurden, ist von Snow ein Ventilator aufgestellt worden, der durch den von einem Kessel gelieferten Dampf betrieben wird und dessen Kosten sich auf 26 000 Mark beliefen Mit Hilfe eines Ventilators gelang es, mit 14 Kesseln die nämliche Dampfkraft zu erlangen, wie bei Anwendung des Schornsteins mit 16 Kesseln. Rauchbelästigung und Qualm fällt durchaus weg, der Grund dafür liegt darin, daß durch den Ventilator die Luft in innigste Berührung mit dem Brennstoff kommt, sodaß der letztere bedeutend besser ausgenützt wird. Es ist zu wünschen, daß der Versuch Snows die weiteste Beachtung findet und die hohen Schornsteine mit ihrer Rauchbelästigung im Interesse der Sauberkeit und Luftreinheit von der Bildfläche verschwinden. Da der erste praktische Versuch zu einem günstigen Resultat geführt hat, so sind weitere Versuche dringend angebracht. —

— Auf eine **neue Schädigung des fahrenden Publikums** seitens der Direktion der Straßenbahngesellschaft macht der Centralanzeiger aufmerksam. Zwar hat die Gesellschaft ja unter dem Drucke der öffentlichen Meinung sich endlich zur Einführung des 10 Pfennig-Tarifs zum 18. d. Mts. entschlossen; aber man sehe einmal, welch enorm hohe Fahrpreise, höhere denn je, inzwischen das fahrende Publikum zu zahlen hat und noch Wochen lang zahlen soll. Es sind da Tarife geschaffen, die man für unglaublich halten müßte, wenn ihre Existenz nicht täglich dem Publikum handgreiflich vor Augen geführt würde. Muß man doch z. B. für die kaum 7 bis 10 Minuten währende Fahrt von der Jakobsstraße bis zur Kaiserstraße dreißig Pfennige entrichten, weil nämlich die Direktion es für angemessen gehalten hat (und das ist der Gegenstand allgemeiner Beschwerden), durch Dekret den Fahrgästen die Berechtigung zum Umsteigen abzuerkennen! Es müssen das wirklich sonderbare „betriebstechnische Gründe“ sein, mit welchen die Gesellschaft ihr Verfahren zu rechtfertigen versucht. Hoffentlich nehmen die Aufsichtsorgane, Magistrat und Polizei, schleunigst Gelegenheit, die „betriebstechnischen“ Gründe, aus denen die Direktion so schlankweg ihre neueste Schädigung des Publikums herzuleiten sucht, auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen und dann zu thun, was Rechtens ist. —

— Die diesjährige **7. Schwurgerichtsperiode** wird am Montag, den 25. September cr., unter dem Vorsitz des Herrn Landgerichtsdirektors Meyer ihren Anfang nehmen und voraussichtlich zwei volle Wochen umfassen. —

— Der langersehnte **Abbruch des Buckauer Thores** wird nun demnächst endlich vor sich gehen. Die Genehmigung zum Abbruch ist bereits erteilt worden. In diesen Tagen wird die Ausschreibung der Abbruchsarbeiten erfolgen, dann soll nach Beendigung der Messe voraussichtlich am 2. Oktober mit dem Abbruch begonnen werden. —

— **Der Herbstmarkt in Sudenburg** findet Freitag und Sonnabend dieser Woche statt. Zu dem am 8. September abzuhaltenden Viehmarkt darf laut Bekanntmachung des Polizei-Präsidenten der Auftrieb von Wiederkäuern und Schweinen wegen der Seuchengefahr nicht stattfinden. Die Abhaltung des Pferdemarktes bleibt gestattet. Der Krammarkt dauert bis Sonnabend abend 10 Uhr. —

— **Unfälle.** Der Knabe Ernst B. ist in ein Mistbeetfenster gefallen und hat dabei schwere Verletzungen der Brust- und Bauchhöhle durch Glassplittern erlitten. Der Knabe fand Aufnahme in der Altstädtischen Krankenanstalt. — Der Arbeiter Friedr. T. hat sich in einer Buckauer Maschinenfabrik den rechten Fuß gequetscht. — Der Arbeitsbursche Gustav M. hat sich bei der Arbeit auf dem Grusonwerk ein Stück Eisen auf den rechten Fuß geworfen, er erlitt einen Bruch der großen Zehe. Beide Verletzte fanden Aufnahme in der Sudenburger Krankenanstalt. —

535 Monate Freiheitsstrafen.

Soeben ist der Notizkalender für das Jahr 1900 im Verlage der Vorwärts-Buchhandlung in Berlin erschienen; er ist in der Buchhandlung der Volksstimme käuflich. Aus dem reichen Inhalt sind zunächst hervorzuheben, kurze, allgemeinverständliche Aufsätze über wichtige Abschnitte des neuen Bürgerlichen Gesetzbuchs, das bekanntlich mit dem 1. Januar nächsten Jahres in Kraft tritt. Es werden dabei behandelt der Arbeits- und Dienstvertrag (für städtische und ländliche Dienstboten und andere der Gesindeordnung unterstehende Kategorien), der Werkvertrag (für gewerbliche Arbeiter), der Mietsvertrag, die Rechtsstellung der Ehefrau und das Eherecht, die Rechte der unehelichen Kinder und das Erbrecht.

Neu sind in dem Kalender die eigens für ihn angefertigten Porträts sämtlicher 57 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten nebst kurzen biographischen (den Lebensgang betreffenden) Notizen über jeden derselben. Welche ungeheure Fülle von bewegten Lebensschicksalen ist in diesen kurzen Bemerkungen enthalten! Wie sind die meisten unserer Genossen durch ihr Streben nach Recht und Wahrheit und durch ihr Eintreten für das bedrückte Proletariat herumgeworfen worden! Wie harte Strafen hat man über viele von ihnen verhängt! Nicht weniger als 535 Monate Freiheitsstrafen sind von ihnen insgesamt im Dienste der Parteibestrebungen verbüßt worden. Nur 17 der 57 Abgeordneten brauchten bisher noch nicht ins Gefängnis zu wandern; es sind das die Genossen Agster, Blos, Ehrhart, v. Elm, Haase, Heine, Herzfeld, Hofmann, Kaden, Reißhaus, Alb. Schmidt, Schwarz, Seifert, Singer, Stolle, Tutzauer und Wurm; doch wurden die meisten von ihnen mit Geldstrafen belegt. Alle anderen 40 Genossen mußten längere oder kürzere Freiheitsstrafen überstehen. An ihrer Spitze steht

Liebknecht	mit 6—7 Jahren		Gradnauer	mit 9	Monaten
Bebel	mit 57 Monaten		Hoch	„ 9	„
Frohme	„ ca. 48	„	Dietz	„ 6	„
Horn	„ 25	„	Rosenow	„ 6	„
Thiele	„ 21½	„	Bock	„ 5½	„
Ulrich	„ ca. 21	„	E. Fischer	„ 5½	„
Bueb	„ ca. 21	„	Molkenbuhr	„ 5	„
Vollmar	„ 20	„	Calwer	„ 4½	„
Auer	„ 19	„	Oertel	„ 3½	„
Geck	„ 18	„	Baudert	„ 3½	„
Stadthagen	„ 16½	„	Wilh. Schmidt	„ 3¼	„
Kunert	„ 15½	„	Förster	„ 2¼	„
Schönlank	„ 15	„	Zubeil	„ 2	„
Schippel	„ 14	„	Kramer	„ 2	„
Klees	„ 13	„	Dreesbach	„ 1⅓	„
Sachse	„ 12	„	Pfannkuch	„ 1½	„
Rich. Fischer	„ 12	„	Segitz	„ 1⅓	„
Geyer	„ 10½	„	Meister	„ 1	„
Albrecht	„ 10	„	Kloß	„ 5	Tagen
Metzger	„ 10	„	Antrick	„ 3	„

Neben diesen im Klassenkampf von der Justiz des Klassenstaates über Parteigenossen verhängten Freiheitsstrafen gehen bei den meisten noch sehr erhebliche Geldstrafen einher, die zusammengerechnet Zehntausende von Mark ausmachen. Der Dienst für die Freiheit ist ein schwerer Dienst! Und das sind nur die 40 Parteigenossen, die im Reichstage sitzen. Welche ungeheure Summe an Strafen käme heraus, wenn es möglich wäre, alle seit Bestehen der deutschen Sozialdemokratie über ihre Anhänger verhängten Strafen wegen politischen Vergehen zusammenzuzählen!

Aber diese Strafen haben uns weder geschwächt, noch die Bestraften entehrt. Gewiß hat mancher im Gefängnis seine Gesundheit gelassen und ist siech in unsere Reihen zurückgekehrt; doch nicht einem ist durch die Strafe das Bewußtsein beigebracht worden, daß er für eine schlechte Sache leide. Im Gegenteil: so viele Strafen, so viele stille Schwüre, treu zu bleiben im schweren Kampfe gegen kapitalistische Ausbeutung und gegen den Klassenstaat, bis einst auf dessen Trümmern die Fahne wahrer Freiheit und Gerechtigkeit aufgepflanzt werden kann. —

Nachrichten aus der Provinz.

Burg. (Ueberfallen.) Auf einem bei unserer Stadt liegenden, gern von Spaziergängern benutzten Wege, dem Birkensteige, wurde am 1. d. M. gegen Abend eine Dame aus unserer Stadt von einem Strolche überfallen, zu Boden geworfen und durch Knebeln am Schreien verhindert. Zum Glück wurde der Unhold durch Passanten verjagt, am anderen Tage aber in der Stadt verhaftet. —

Halle. (Aus dem Fenster gestürzt.) Aus dem Fenster des dritten Stockes stürzte das dreijährige Söhnchen des Brauers Schießl. Er fiel seiner Mutter auf den Hals, so daß die Wucht des Aufschlags gemildert wurde. Der Knabe erlitt eine Körpererschütterung und eine Verletzung der Schädeldecke. —

Halle a. S. (Mordversuch) Dienstag abend wurde die 15½ Jahre alte Tochter des Privatmanns St., Wörmlitzerstraße 95, von der Wirtschafterin ihres Vaters, der Witwe Marie S., im Bett überfallen und mit einem Beil und Messer so übel durch Hiebe und Stiche am Kopf, Arm und Körper zugerichtet, daß sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Das Mädchen hatte nach den erst empfangenen Hieben mit dem Küchenbeil noch so viel Kraft und Besinnung, daß sie um Hilfe schreien konnte, worauf die S. von ihrem Vorhaben abließ, Beil und Messer wegwarf und die Flucht ergriff. Sie hat bis jetzt noch nicht gefaßt werden können. Das Motiv zu diesem augenscheinlichen Mordversuch scheint gewesen zu sein, daß sie die Tochter als Hindernis zur Verheiratung mit dem Vater angesehen hat. —

Heiligenstadt. (Wer hat Lust?) Der Magistrat erließ vor mehreren Tagen folgendes höchst verlockende Stellenangebot: „Gesucht wird ein Kanzlist zu vorübergehender Beschäftigung bei der städtischen Verwaltung. Der Anstellung geht eine dreimonatige Probedienstzeit voraus. Das Gehalt der Stelle beträgt **jährlich 220 bis 300 Mark.** Bewerbungen mit Zeugnissen sind bis zum 15. September d. Js. einzureichen.“ Einer Kritik dieses Angebotes bedarf es nicht. Die Offerte läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. —

Querfurt. (Das Bein herausgerissen.) Von einem entsetzlichen Unglücksfall wurde der von hier nach Döcklitz bei Querfurt zur Führung einer Dampf-Dreschmaschine entsandte Monteur Eduard Haake betroffen. Als derselbe während des Ganges der Maschine den Versuch machte, eine gelockerte Schraube nachzuziehen, geriet er mit dem linken Fuß in die Trommel. Ehe es dem Unglücklichen gelang, sich aus seiner gefahrvollen Lage zu befreien, war ihm auch schon das Bein gänzlich herausgerissen. Der Bedauernswerte gab wenige Stunden nach der Ankunft in der Klinik seinen Geist auf. —

Stendal. (Angeschossen.) Auf der Jagd in den Kopf geschossen wurde am Sonnabend nachmittag der 34jährige Wirtschaftsinspektor Otto Hoffmann vom Remontedepot Arnstein in der Altmark. Hoffmann befand sich mit mehreren anderen Schützen bei Arnstein auf der Hühnerjagd. Als an einer Stelle, wo man es nicht erwartet hatte, plötzlich ein Hühnervolk aufging, fielen mehrere Schüsse zu gleicher Zeit. Einer traf Hoffmann, der eine Schrotladung in die linke Kopfseite und das linke Auge erhielt. —

Nachrichten aus dem Reiche.

Berlin. (Verhaftet.) Der steckrieslich verfolgte Arbeiter Gottlieb Urban, der im Juni den Gastwirt Goldacker infolge von Lohnstreitigkeit mit der Hacke erschlug, wobei Frau Goldacker vom Schlage getroffen wurde und sofort tot niedersank, wurde heute in Pankow verhaftet. —

Hagen. (Nicht an der Sedanfeier beteiligt.) In Gevelsberg beteiligten sich die Reserve-Offiziere nicht an der Sedanfeier. Sie streikten und weshalb? In dem Lokal, in dem die Sedanfeier begangen werden sollte, hatte vor einiger Zeit eine Protestversammlung gegen die Zuchthausvorlage stattgefunden. Veranstalter der Versammlung waren die Gewerkschaften gewesen. —

Stolberg. (Von einem niedergehenden Gestein erschlagen.) Auf der Martinszeche im nahen Krummschlachtthale wurde der Bergmann Steinicke aus Rottleberode, 28 Jahre alt und Ernährer von Frau und Kindern, von niedergehendem Gestein getroffen, was seinen baldigen Tod herbeiführte. —

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Die am Mittwoch abend im „Dreikaiserbund“ stattgefundene **Parteiversammlung** nahm bei ziemlich gutem Besuch einen interessanten Verlauf. Nach einem lehrreichen Vortrage des Genossen Paul Bader über die wichtigsten auf dem diesjährigen Parteitage zur Erörterung gelangenden Fragen fand eine ausgedehnte Diskussion statt, an der sich die Genossen Albert Schmidt, Decker, Marmuth, Meyer, Vater u. a. beteiligten. Hierauf wurden die Genossen Bader und Nitsch als Delegierte zum Parteitag gewählt. Durch fast einstimmige Annahme einer gegen Bernstein und Schippel gerichteten Resolution nahm die Versammlung Stellung gegen die Kompromißpolitik, welche von verschiedenen Seiten in unserer Partei eingeführt werden möchte. — Ein Versuch, die Versammlung über 11 Uhr hinaus tagen zu lassen, scheiterte an dem Verhalten des überwachenden Beamten, welcher die Versammlung aufgelöst haben würde, obgleich der Saal gemietet worden war und der Schankbetrieb eingestellt werden sollte. Ausführlicher Bericht folgt morgen. —

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt: Sonnabend, den 9. September, abends 8½ Uhr: Bezirk Wilhelmstadt im Luisenpark, Spielgartenstraße. — Sonntag, den 10. September, nachmittags 4 Uhr: Bezirk Salbke-Westerhüsen im Lokale des Herrn Andreas Maaß in Salbke. Abends 7½ Uhr: Bezirk Diesdorf im Lokale der Witwe Märtens in Diesdorf. — Alles nähere durch Inserat in der nächsten Nummer der Volksstimme. — Zugleich machen wir auf die Projektionsvorträge, welche am Sonnabend, den 16. September, gehalten werden, aufmerksam. Eintrittskarten (Kindervorträge am Nachmittag 10 Pfg., Abendvorträge 20 Pfg.) sind im Bureau, Tischlerkrugstraße 28, H. r. p., bei allen Bezirksführern und Bezirkskassierern, Zeitungsträgern, Vertrauenspersonen, im Restaurant Luisenpark und in der Buchhandlung Volksstimme zu haben. —

Sonnabend, 9. September:

Central-Kranken- und Sterbekasse der Deutschen Wagenbauer. Filiale Neustadt. Zahlabend bei Wolfskämpf, Ottenbergstraßen-Ecke.

* * *

Walhalla-Theater.

Wenn in einer Stadt, wie Magdeburg, ein Cirkus Wulff mit seinen bekanntlich guten vier- und zweibeinigen Artisten das vergnügungslustige Publikum anzieht, dann muß ein Konkurrenztheater namens Walhalla gewiß so tief in den Gagenbeutel greifen, daß auf den Walhallabrettern diejenigen Talente auftauchen, welche geeignet sind, das Publikum vom Cirkus abzuziehen. Und solche Kräfte besitzt das heutige Walhalla. Es sind Artisten nicht nur guter Qualität in Form und Inhalt, sondern auch ganz eigenartige Spezialisten. Wie es scheint, ist mit der immer weiter um sich greifenden „Weltpolitik“ Deutschlands den weißen Artisten durch das Auftauchen der schwarzen Naturburschen eine gar nicht so leicht von der Hand zu weisende Konkurrenz entstanden; d[illegible] [illegible]as wir gestern abend von vier schwarzen Troubadours hörten, war so gut, daß weiße Kehlen Mühe sich geben müssen, um sie zu übertrumpfen. Dabei darf nicht unberücksichtigt gelassen werden, daß die schwarzen Artisten schon als „Schwarze“ Interesse erwecken und somit vor den Weißen schon etwas Eigenartiges voraus haben. Und wenn dann noch so hohe gesangliche Leistungen geboten werden, dann triumphiert eben das schwarze Talent über das weiße. So war es meiner Beurteilung nach gestern abend und zwar mit vollem Rechte. Das heutige Walhalla bietet auch in ethnologischer Hinsicht ein Interesse. Vom indischen Zwergvolk, das vor einigen Jahren durch eine Expedition entdeckt wurde, befinden sich zwei „Artisten“ im Walhalla. Ein 17 Jahre alter Mann und ein 18jähriges Weib, beide schwarz und kaum vier Handspannenlängen groß, produzieren sich als Turner. Der kleine Kerl ist gewandter, muskelöser Turner, die kleine Frau eine liebe Frau. Beide erwecken jedoch nur ein wissenschaftliches, ethnologisches Interesse. Den übrigen Leistungen haben wir bereits anerkennende Worte gewidmet. —

Letzte Nachrichten.

Berlin. Es wird der Deutschen Tageszeitung mitgeteilt, daß auch der Landwirtschaftsminister Frhr. von Hammerstein-Loxten verabschiedet und die Veröffentlichung der Verabschiedung bald zu erwarten sei. —

Krefeld. 600 Färber der Aktiengesellschaften Puller und Büschgens u. Sohn sind in einen Ausstand eingetreten.

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe zum Kochen) 18,00—22,00 Speisebohnen (weiße) 17,00—33,00. Linsen 25,00—45,00. Eßkartoffeln 4,50—5,00. Richtstroh 3,50—4,00. Krummstroh 2,50—3,00. Heu 6,00—7,00. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 1,00—1,08, von der Keule 1,40—1,50, Bauchfleisch 1,20—1,30 Schweinefleisch 1,20—1,40. Kalbfleisch 1,20—1,40. Hammelfleisch 1,30 bis 1,40. Speck (geräuchert) 1,60. Eßbutter 2,20—2,60. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 3,00—4,00. —

Briefkasten.

Parteigenosse. § 9 unserer Parteiorganisation schreibt vor: Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme sind berechtigt: 1. . . ; 2. Die Mitglieder der Reichstags-Fraktion; 3. die Mitglieder der Parteileitung. Die Mitglieder der Reichstags-Fraktion und der Parteileitung haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Darnach haben die Fraktionsgenossen nur bei den parlementarischen Verhandlungen und die Mitglieder der Parteileitung nur bei den Verhandlungen über die geschäftliche Leitung kein Stimmrecht. Und das ist rein selbstverständlich. In allen anderen Fragen haben dieselben Genossen auch beschließende Stimmen. Und dies von Rechtswegen. Es würden ja sonst diejenigen Genossen, auf deren Schultern die größte Verantwortung liegt, zu Parteigenossen zweiter Klasse herabgedrückt werden. Uebrigens konnten Sie schon aus den namentlichen Abstimmungen auf den Parteitagen ersehen, daß die vorbezeichneten Genossen vom ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht haben. —

Zeugenaufruf. Der Müller Gerhart Kerkhoff, zuletzt in Essen, wird dringend ersucht, seine jetzige Adresse sofort an die untenstehende Adresse anzugeben. Dem, der die Adresse des Gesuchten weiß, sind wir zu Dank verpflichtet, wenn er uns diese unverzüglich mitteilt.

Redaktion des Volksblatt, Bochum.

Viel besser als rote Putzpomade

ist der mehrfach preisgekrönte

Globus-Putz-Extrakt

Derselbe ist **vollkommen unschädlich** und verliert niemals seine vorzügliche Putzkraft.

Laut Gutachten von 3 gerichtlich vereideten Chemikern ist **Globus**-Putz-Extrakt

das beste Metallputzmittel der Gegenwart!

Nur echt mit Schutzmarke: Roter Streifen mit Globus.

Rohmaterial aus eigenen Bergwerken mit Dampfschlämmerei.

In Dosen à 10 und 25 Pfg. überall zu haben.

Fritz Schulz jr., Leipzig

Erfinder des Putz-Extrakt. 1457

Burg 13 Markt 13 **Burg**

Heinrich Reinecke

empfiehlt sein großes Lager in 2337

Schuhen und Stiefeln aller Art zu billigen, streng festen Preisen.

11

Warenhaus System „Globus".

Die Abteilung „Magdeburg" wird der zu geringen Beteiligung wegen aufgelöst.

Die ausgegebenen **Bezugscheine** werden mit den dazu gehörigen Coupons (Bezugs-Abschnitten) im hiesigen Geschäfte

Alte Ulrichsstr. 7

bis zum 30. September d. J.

in den Stunden von vormittags 8—12 und nachmittags 3—6 Uhr gegen Kasse oder entsprechende Waren eingelöst.

Neue Bezugscheine werden nicht mehr ausgegeben. 4212

Warenhaus „Globus".

Große öffentliche Versammlung

der

Böttcher Magdeburgs

am Sonnabend, den 9. d. Mts., abends 8½ Uhr

im Lokale des Herrn Prautsch, Fasslochsberg 9.

Tagesordnung.

Abrechnung vom Streik.

2405 **Die Lohnkommission.**

Naturheilverein Groß-Ottersleben

und Umgegend.

Am Sonntag, den 10. September, nachm. 3½ Uhr:

General-Versammlung

im Gasthof zum goldenen Stern hierselbst.

Tages-Ordnung:

1. Gründung einer Genossenschaft zur Errichtung einer Bade-Anstalt.
2. Sonstige Angelegenheiten.

Diese sehr wichtige Versammlung wolle zum Vorteil [illegible] Gäste sind sehr willkommen, besonders die Vorstände [illegible]

Es lädt ein

Der Vorstand. J. A.: Emil Schoner, Vorsitzender.

Cirkus Ed. Wulff.

Heute Freitag, den 8. September, abends 8 Uhr:

Grosse Clown- u. Komiker-Vorstellung

mit einem höchst originellen Programm: **Der lustige Krieg** oder: Kavallerie zu Fuß. **Amateur-Konkurrenz-Reiten.** Auftreten des gesamten Künstlerpersonals und des Direktors **Ed. Wulff** mit seinen Original-Dressuren. Zum Schluß:

Ein Hoffest Ludwig XV. zu Versailles.

Billet-Vorverkauf bis abends 5½ Uhr bei den Herren **C. Jacobs**, Ulrichsbogen, **Lindau & Winterfeld**, Breiteweg 19, sowie an der **Cirkuskasse** von 11—1 und ab 5 Uhr. — **Sonnabend**, den 9. September: **Grosser Gala-Abend** mit: **Ein Hoffest Ludwig XV. zu Versailles.**

Möbel-Einrichtungen

größte Auswahl

in den großen Läden und 5 Möbelspeichern von

J. Mook

jetzt nur

Jakobsstraße 51

dicht am Alten Markt.

1372

Viktoria-Theater.

Freitag, den 8. September 1899:

Der Hüttenbesitzer.

Schauspiel in 4 Akten von Georges Ohnet.

Walhalla

Jeden Abend:

Abwechselndes

Programm!

2375

Parterre-Saal:

Abends 7 Uhr

Großes

Zigeuner-Konzert.

Achtung!

Schuhwaren

kauft man billig und haltbar in größter Auswahl bei 690

H. Schulze, Wilhelmstadt

Gr. Diesdorferstr. 30.

Reparaturen werden sauber u. billig geliefert.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren

reelle Arbeit, empfiehlt

C. Dittmar, Tischlermeister

Tischlerkrugstraße 26. 681

Der Athleten-Verband von Magdeburg u. Umg.

untersagt hierdurch

sämtlichen Verbandsmitgliedern laut Beschluß vom 3. September, der Aufforderung des Herrn Arendt (Mitglied des Friedrichstädter Athleten-Klubs „Atlas") Folge zu leisten, da genannter Klub dem Verband nicht mehr angehört.

2410 **Der Ausschuß.** J. A.: Fabian, Schriftf.

Freie Religions-Gesellschaft.

2406

Freitag, den 8. Septbr. 1899 abends 8½ Uhr:

Gemeinde-Versammlung.

„Zum Reisonkel"

Kurfürstenstraße 32.

Während des Marktes:

Großes Konzert u. Vorträge.

Ergebenst lader ein

719 **Ed. Eckelmann.**

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

Möbel, Spiegel, Sofas

empfiehlt billigst 2365

A. Hellge

Buckau, Gärtnerstraße Nr. 11.

---

* Ein gut erhaltener **Kinderwagen** zu verkaufen. Neustadt, Wasserkunststr. 26, Hofm.

---

* Leichter **Kinderwagen** billig zu verkaufen Angelstr. 11, Küchte.

Billig! Billig!

25

Sofas und Diwans

werden einzeln mit einer Anzahlung von Mk. 5.00 und wöchentlicher Abzahlung von 1.00 Mark an abgegeben.

S. Osswald

Ulrichsstraße 14

2367 **1. Etage gegenüber der Ulrichskirche.**

Soeben erschienen:

Arbeiter-Notizkalender

1900

Geb. 60 Pfg. — Porto: 10 Pfg.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Zum Bürgerlichen Gesetzbuch (Werkvertrag, Miethsvertrag, Rechtsstellung der Ehefrau und Eherecht, uneheliche Kinder, Erbrecht). — Die

Reichstagswahlen von 1898

mit Angabe der in jedem Wahlkreise auf jede Partei abgegebenen Stimmen, unter Verfügung der sozialdemokratischen Stimmen und Prozentsätze von 1893. — **Portraits und Biographien der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten.**

— Die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in den einzelnen Bundesstaaten. — Adressen und Zeitungsorte der Fabrikinspektoren, der deutschen Gewerkschafts-Organisationen und Arbeitersekretariate, Gebührentarife für Telegramme, Portotaxen, Einnahme- und Ausgabetabellen 2c

Wie die früheren Jahrgänge dürfte auch der für 1900 seine Freunde befriedigen. Der Verlag war insbesondere bestrebt, auch den diesjährigen Kalender zu einem

praktischen Nachschlagebuch für Gewerkschaften

zu gestalten.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung Volksstimme** Breiteweg 127.

Möbel

und 2404

Polsterwaren!

— Große Auswahl —

bestes Fabrikat u. enorm billige Preise. Größte eigene, vorteilhafte Fabrikation, daher diese Vorteile.

Bitte überzeugen Sie sich selbst!

Kleiderschränke und Vertikows von 23 Mk. an

Küchenschränke und Anrichten von 20 Mk. an.

Bettstellen von 15 Mk. an.

W. Schottstedt, Gr. Münzstr. 19

Möbelfabrik und Magazin.

Posten!

So lange der Vorrat reicht:

hochfeine doppelt gereinigte

Bettfedern u. Daunen

zu staunend billigen Preisen.

Gute daunige Bettfedern

Pfd. von 0.75, 1.00, 1.50 Mk.

Gute weiße Halbdaunen

sehr füllkräftig, von 2.50, 3.00, 3.50 und 4.00 Mk.

Beste Mandarinendaunen

3 Pfd. genügen zur Decke, nur 2.75 und 4.00 Mk. 2372

Weiße hochfeine Daunen

4.00, 5.00 u. 6.00 Mk.

Fertige Betten

nur in besten federdichten Inletts v. 15, 18, 22, 25, 30, 40, 45, 50 Mk. usw

Größte Auswahl

in fertig genähten Inletts. Eisern. Bettstellen m. Matratzen. Patent-Bettstellen. Dampfbettfedern-Reinigung.

Erst. böhmisches Bettfedern-Haus

von

Fried. Bischlager

Schwertfegerstraße

4 u. 16. **16 u. 4.**

---

* Ein **Kanonenofen** billig zu verkaufen bei Gehrke, Kirchstraße 14, Hof part.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

Naturheil-Anstalt

Schrotdorferstr. 1a. 2358

— Badegelegenheit von 8 bis 8 Uhr. —

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen

Hauptwache 5 und **Schmidtstr. 61.**

Freitag: Schellfisch mit Salzkartoffeln und Mostrichsauce.

Sonnabend: Kartoffelsuppe mit Schweinefleisch.

Große und Kinder-Volksküchenmarken sind für Vereine und Herrschaften zur reellsten Unterstützung für Notleidende von 12—2 Uhr in den Volksküchen: Hauptwache 5, Neustadt, Schmidtstraße 61 zu haben.

Küchenzettel des Lehrerinnen- und Damenheims,

Breiteweg 82, 1 Tr.

Freitag: Brühsuppe mit Rindfleisch, Griespudding, Fruchtsauce.

Sonnabend: Brühsuppe mit Gemüseeinlage und Semmelklößchen, Rindfleisch, Meerrettichsauce und Kartoffeln.

Vorzeiger dieses Inserats erhält 2 Prozent Rabatt, trotz der äußerst billigen Preise.

Breiteweg 89|90

kauft man zu den denkbar billigsten Preisen:

Nußbaum und Birken

echte, halbechte und imitierte

Möbel

ebenso unter Garantie recht dauerhaft u. elegant gearbeitete

Polsterwaren

bei 1748

Georg Mook

Breiteweg 89|90.

---

* Als **Friseuse** empfiehlt sich Frau Mäter, Kurfürstenstr. 25, H. I.

Einen tüchtigen Durchnäher und Nageler 723

sucht **A. Rosenburg,** Ankerstraße 1.

Eine ordentliche zuverläss. Verkäuferin gesucht.

Konsum-Verein-Lager 4

2407 Neust., Umfassungsstr. 60.

---

* **Burg.** Anständiges Logis Untermhagen 39, I.

---

* Dem Kollegen **G. Linke** ein donnerndes Hoch! Mehrere Kollegen.

---

* Dem Anstreicher **Fr. Wetter** zu seinem Wiegenfeste ein donnerndes Hoch. **L. O.**

---

* Unserm Onkel **Chr. Dressel** zu seinem Wiegenfeste besten Glückwunsch.

---

* **Chr. Dressel** zu seinem Geburtstage ein Lebehoch! Christian, stick den Degen bie.

---

* D. Logenbr. Chr. Dressel zu s. Wiegenf. die besten Glückw. W. Rollert und Frau.

---

* Chr. Dressel die herzlichsten Glückwünsche sendet H. W. N. L. E. H.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 210. Magdeburg, Freitag, den 8. September 1899. 10. Jahrgang.

Prinzip und Taktik.

Ein Wort zur Bernstein-Frage.

II.

Die materialistische Geschichtsauffassung.

(Schluß des Teilkapitels.)

Marx hat die Einseitigkeit seiner Theorie des historischen Materialismus, wie er sie im Vorwort zur Kritik der politischen Oekonomie von 1859 giebt, sehr wohl eingesehen, wenn auch nicht ausgesprochen. Für ihn hat das Engels besorgt, der mit der Billigung Marx', wie auch Bernstein (Seite 6) anführt, ihre Geschichtsauffassung in seinem Buche „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft" dahin präzisiert, daß „die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen" nicht in den Köpfen der Menschen, sondern „in Veränderungen der Produktions- und Austauschweise" zu suchen seien. In derselben Richtung liegen zwei Briefe Engels' von 1890 und 1894, die im Sozialistischen Akademiker vom Oktober 1895 abgedruckt, von Bernstein (Seite 7) citiert werden. Engels sind nunmehr „Rechtsformen" politische, juristische, philosophische, Theorien, religiöse Anschauungen und Dogmen — sie alle sind ihm Einflüsse, die auf den Verlauf des geschichtlichen Werdens einwirken und in vielen Fällen „vorwiegend die Form" der Kämpfe bestimmen.

„Es sind also unzählige, einander durchkreuzende Kräfte, eine unendliche Gruppe von Kräfte-Parallelogrammen, daraus eine Resultante — das geschichtliche Ereignis — hervorgeht, die selbst wieder als das Produkt einer, als Ganzes bewußtlos und willenlos wirkenden Macht angesehen werden kann. Denn was jeder einzelne will, wird von jedem anderen verhindert und was herauskommt ist etwas, was keiner gewollt hat." (Brief von 1890.) — „Die politische, rechtliche, philosophische, religiöse, litterarische, künstlerische 2c. Entwicklung beruht auf der ökonomischen. Aber sie alle reagieren auf einander und auf die ökonomische Basis." (Brief von 1894.)

Historische Ideologen der bürgerlichen Klasse, die patentierten Marx-„Vernichter", haben mit Vorliebe Sturm gelaufen gegen die einseitige Definition der materialistischen Geschichtsauffassung, wie sie im Vorwort zur Marxschen Kritik enthalten ist, und sich damit billige Lorbeeren erworben.

Wie unsere theoretischen Altmeister zu ihrer Einseitigkeit gekommen sind, wird von Engels in dem erwähnten Brief von 1890 angeführt. Bernstein stellt den Satz als Motto seinem Teilkapitel voran. Er lautet:

Wir hatten, den Gegnern gegenüber, das von diesen geleugnete Hauptprinzip (die ökonomische Seite) zu betonen und da war nicht immer Zeit, Ort und Gelegenheit, die übrigen, an der Wechselwirkung beteiligten Momente zu ihrem Recht kommen zu lassen."

Bernstein hätte das Citat noch um eines vermehren können, um Sätze aus einem Briefe, den Engels unter dem 14. Juli 1893 an Franz Mehring über dessen Darlegung des historischen Materialismus im Anhang zur Lessing-Legende geschrieben hat. Mehring teilt den Wortlaut im Anhang zu seiner Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, zweiter Teil, Seite 556, 557 mit. Es mögen daraus folgende Sätze hier Raum finden:

. . . „Sonst fehlt nur noch ein Punkt, der aber auch in den Sachen von Marx und mir regelmäßig nicht genug hervorgehoben ist und in Beziehung auf den uns alle gleiche Schuld trifft. Nämlich wir alle haben zunächst das Hauptgewicht auf die Ableitung der politischen, rechtlichen und sonstigen ideologischen Vorstellungen und durch diese Vorstellungen vermittelter Handlungen aus den ökonomischen Grundthatsachen gelegt und legen müssen. Dabei haben wir dann die formelle Seite über der inhaltlichen vernachlässigt: die Art und Weise, wie diese Vorstellungen 2c. zu stande kommen . . . Es ist die alte Geschichte: im Anfange wird die Form über dem Inhalt vernachlässigt. Wie gesagt, ich habe das ebenfalls gethan und der Fehler ist mir immer erst post festum (zu spät) aufgestoßen . . . Damit hängt auch die blödsinnige Vorstellung der Ideologen zusammen: weil wir den verschiedenen ideologischen Sphären, die in der Geschichte eine Rolle spielen, eine selbstständige historische Entwicklung absprechen, so sprächen wir ihnen auch jede historische Wirksamkeit ab. Es liegt hier die ordinäre undialektische Vorstellung von Ursache und Wirkung als starr einander entgegengesetzter Pole zu Grunde, das absolute Uebersehen der Wechselwirkung; daß ein historisches Moment, sobald es einmal durch andere, schließlich ökonomische Thatsachen in die Welt gesetzt ist, nun auch reagiert, auf seine Umgebung und selbst seine eigenen Ursachen zurückwirken kann, vergessen die Herrren oft fast absichtlich."

Hier spricht Engels direkt von einem Fehler, den er und Marx gemacht, einem Fehler, der nicht einmal so groß ist, wie er ihn hinstellt, der aber aus dem Entstehen der Theorie in beider Köpfe und ihrer Anwendung gegen die Schar der ideologischen Gegner erklärlich wird. In der Einschränkung, daß die ökonomischen Potenzen für die Gestaltung der Geschichte die Achse abgeben, um die alle ideologischen Faktoren kreisen und auf die sie wirken, ist die materialistische Geschichtstheorie denn auch Gemeingut aller Parteigenossen geworden, die sich mit ihr ein wenig beschäftigt haben. Auch Bernstein erkennt sie in dieser Gestaltung an; er sagt mit Recht, daß es sich um ein Maßverhältnis handelt, „nicht darum, ob ideologische Faktoren anerkannt wurden, sondern welches Maß von Einfluß, welche Bedeutung für die Geschichte ihnen zugeschrieben wurden." Aber er begnügt sich damit nicht, sondern versucht (Seite 10, 11 ff.) zwar nicht nachzuweisen, wohl aber zu behaupten, daß in der modernen Gesellschaft das „elementarische Walten der ökonomischen Mächte aufhöre" in dem Grade, in dem das Allgemeininteresse in wachsendem Maße an Macht gegenüber dem Privatinteresse gewinne. Bernstein findet, daß die ökonomischen Faktoren nur deshalb den Anschein gewinnen, als spielten sie heute eine größere Rolle als früher, weil — die Menschen ihnen immer größere Beachtung schenken. Er kommt daher zu dem ideologischen Schluß:

„Der heute erreichte Stand ökonomischer Entwicklung läßt den ideologischen und insbesondere den ethischen Faktoren einen größeren Spielraum selbständiger Bethätigung als dies vordem der Fall war. Infolgedessen wird der Kausalzusammenhang zwischen technisch-ökonomischer Entwicklung und der sonstigen sozialen Einrichtungen ein immer mehr unmittelbarer, und damit werden die Naturnotwendigkeiten der Ersteren immer weniger maßgebend für die Gestaltung der Letzteren."

In diesen Sätzen liegt Bernsteins versteckter Bruch mit der materialistischen Geschichtsauffassung. Wenn er drei Seiten später auch ihre Geltung verkündet, so rückt er hier von ihrem Kern doch so weit hinweg und so tief ins Lager der ideologischen Gegner hinein, daß diese Entwicklung weiter fortgesetzt, bald für ihn das letzte Stündlein der Theorie geschlagen haben würde. Und doch behauptet er nur, ohne den Schatten eines Beweises beizubringen. Man könnte es noch hingehen lassen, wenn er sagen würde, daß die ökonomischen Faktoren heute keine größere Rolle spielten als früher. Sie sind zwar in der modernen Gesellschaft gegen frühere Wirtschaftsmethoden ins Maßlose vermehrt, ihr Gewicht daher ums Vielfache gewachsen, so daß das Ueberwiegen des Allgemeininteresses über das Privatinteresse, das Bernstein entdeckt, auch für einen Optimisten kein genügendes Gegengewicht bilden sollte. Wie aber der heute erreichte Stand ökonomischer Entwicklung den ideologischen und insbesondere den ethischen Faktoren einen größeren Spielraum selbständiger Bethätigung gewähren soll, als dies vordem der Fall gewesen ist, bleibt völlig unerfindlich. Im Gegenteil, Ethik, Moral und der sonstige ideologische Ueberbau haben bei denen, die an der Gewalt sind und Geschichte zu machen sich bemühen, noch nie so wenig gegolten wie heute; sie sinken um so tiefer im Kurse, je schärfer sich der ökonomische Kampf entfesselt, je mehr von der Klasse der Herrschenden das wirtschaftliche Ringen als eine Machtfrage aufgefaßt und behandelt wird. Der Professor der Ethik war in den vierziger Jahren, als das kommunistische Manifest entstand, nicht so sehr wie heute der bezahlte Soldschreiber der Kapitalistenklasse. Sein gesellschaftlicher Niedergang wird von der sinkenden Bedeutung der Disziplin, die er lehrt, treu begleitet. Damit nicht genug, liefert jeder Tag in überreichlicher Fülle die Beweise nicht für den größeren Spielraum, wohl aber für die größere Gebundenheit aller ideologischen Faktoren, so daß es weit entschuldbarer wäre, mit Marx auf seine Definition im Vorwort zur Kritik zurückzugehen als mit Bernstein an der Hand der soeben abgedruckten Sätze in den ideologischen Sumpf hinein „vorwärts" zu schreiten. Sicherlich handelt es sich in der Hervorbringung der Geschichtsereignisse, in der Fixierung der „Resultante" um eine Vielheit von Faktoren und ihr richtiges Maßverhältnis, aber ist es falsch, die materiellen Produktivkräfte als den alleinigen Hebel der Geschichte in Thätigkeit zu setzen, so ist es dreimal unrichtig anzunehmen, daß mit der Zunahme der technisch-ökonomischen Entwicklung die ideologischen Seiten der Parallelogramme freigesetzt und in ihrer Wirkung vervielfältigt würden. Derselbe Bernstein, der für das richtige Maßverhältnis in der Vielheit der Faktoren eintritt, überschreitet jedes Maß, wenn er das „idealistische Moment" in der Gesellschaftsentwicklung ins Auge faßt.

Der Beweis dafür läßt sich auch positiv führen. Hätte Bernstein mit seiner in jenen Sätzen niedergelegten Auffassung recht, dann müßte er nichts sehnlicher wünschen, als die Hinaufschraubung der ökonomischen Entwicklung auf ihre denkbar höchste Spitze; je höher sie steigt, je allgewaltiger ihre Einwirkung wäre, je beherrschender ihr Einfluß, um so freier und von ihren Voraussetzungen immer weniger abhängig würden die ideologischen Faktoren.

Wohlverstanden, immer in der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Mit anderen Worten: je mächtiger die materiellen Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse werden, um so machtloser werden sie. Also auch umgekehrt: je weniger von ihnen in ehemaligen Produktionsweisen entwickelt worden ist, um so allgewaltiger hat das Wenige die Vielheit der ideologischen Faktoren in seinen Bann geschlagen.

In seinem Bestreben, den angeblich mißachteten ideologischen Ueberbau zu seiner Geltung zu bringen, überschreitet Bernstein also jede Grenze. Daran kann seine Schlußversicherung, daß er noch Anhänger der materialistischen Ge-

Feuilleton.

Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

(85. Fortsetzung.)

Der Chefarzt kam aus dem Zelte heraus, er sah finster und sorgenvoll aus.

Er rief Lazar Tempsky zu, der eben an ihm vorüber kam.

„Da wird uns wieder eine hübsche Anzahl auf dem Halse bleiben — die Kerle können nicht weiter."

„Es ist ein Wahnsinn, solche Leichname marschieren zu lassen," erwiderte Lazar.

„Sie bringen uns den Typhus und das ist das Allerschlimmste — Teufel, da fliegt schon wieder einer hin," sagte der Doktor und trat zu einem der Gefangenen, der, aus dem Zelte herauskommend, mit unsicherem Gange über die Füße eines Anderen gestolpert, gegen den Zeltpfosten gefallen war und sich die Stirne verletzt hatte.

Er blutete stark.

Es war ein junger Bursche mit einem schwarzem Vollbart, den sein gelbes Gesicht noch fahler erscheinen ließ. Er griff nach der Stirne, ohne an seinem Fez zu rücken, und als er das herabsickernde Blut gewahrte, daß ihm Hände und Kleider färbte, starrte er mit den schwarzen hohlen Augen darauf, als könne er's nicht begreifen, das es sein Blut sei, daß so frisch und rot seinem ausgemergelten Körper entströmte.

Lazar wollte ihm beispringen, aber der Chefarzt hielt ihn zurück: „Lassen Sie doch, ich brauche Sie anderswo."

Er sah sich nach einer Schwester um: „Bitte, Schwester Helene, wenn Sie Zeit haben, schauen Sie hier nach."

Er bezeichnete ihr den Mann mit den Augen und entfernte sich rasch, Lazar mit sich nehmend.

Sie schritten über die weite, beschneite Fläche dahin, einer entfernten Erdhütte entgegen, aber bald machten sie Halt, um sich ihre Cigarren anzuzünden.

Lazar blickte nach der Schwester zurück, die vor dem Verwundeten auf dem feuchten Boden sich niedergelassen hatte und sich über ihn beugte, um die Wunde zu untersuchen. In ihrer Haltung drückte sich ernste Hingebung aus, die jede Spur von Ekel und Scheu überwunden hatte.

„Unsere freiwilligen Schwestern sind bewundernswert," bemerkte Lazar.

„Ihr bewundert sie auch viel zu sehr," brummte der Chefarzt. „Wir werden künftig nur Nonnen nehmen, Nonnen, Nonnen!" rief er, seinem momentanen Verdrusse nachgebend, der sich steigerte, als seine Cigarre nicht brennen wollte.

„Wohl nur, um unsere Augen zu strafen," scherzte Lazar, dem Chef seine brennende Cigarre entgegenhaltend.

„Die Geschlechtslosigkeit ist bequemer," entschied der Chefarzt, den Rauch vor sich hinblasend.

„Und das vollgültige Weib würde also unserer Schwäche wegen zurückgesetzt?"

„Das vollgültige Weib gehört in die Familie."

„Es ist nur schade, daß diese ihre Aufgabe nicht mehr zu erfüllen vermag, die Familie bietet ihren Töchtern weder Schutz noch Versorgung."

„Westeuropäische Anschauung," rief der Chefarzt, rascher ausschreitend, „bei uns ist es noch nicht so weit. Was unsere Weiblein bewegt, das ist die Lust, das Verlangen nach Freiheit und Unabhängigkeit."

„Aber man läßt sie diese Lust ziemlich büßen," erwiderte Lazar mit einem feinen Lächeln der Opposition, „diese Frauen arbeiten wie Tagelöhnerinnen und härter noch, aber selbst in diesem mühseligsten aller Berufe haben sie die Konkurrenz derjenigen auszuhalten, die ein Orden ernährt."

Der Chefarzt blickte scharf nach dem Sprecher, der die Mütze vom Kopfe gerissen hatte, als wäre ihm plötzlich heiß geworden.

Der Wind durchwühlte das kurze Gelock, und Haar und Bart schimmerte wie rotes Gold unter den Strahlen der eben untergehenden Sonne.

Der Chefarzt klopfte ihm auf die Schulter. „Sie sind ein Roter nach innen und außen, aber nehmen Sie sich in acht, ich warne Sie."

Hornsignale ertönten. Ein Teil der Gefangenen hatte sich zum Aufbruch bereit zu machen.

Helene war noch immer mit dem Verwundeten beschäftigt; sie hatte ihm das Fez abgenommen, das von Läusen starrte; sie reinigte die Wunde und verband sie, als sie bemerkte, daß er noch eine andere jauchige Wunde am Leibe hatte.

Der Mann rührte sich nicht. Einmal als ihre guten Augen ihn trafen, zuckte es in dem wilden, verlierten Gesichte auf, als überkäme ihn ein Gefühl, daß es, unbekümmert um Religion und Nation, etwas gäbe, das Menschen mit Menschen verbindet, aber er verfiel sofort wieder in seine frühere Stumpfheit.

Der Tumult, der dem Aufbruche einer Partie voranging, steigerte sich, die Zögernden wurden mit Schimpfworten und Kolbenstößen emporgetrieben.

Helene schritt durch das Gewühl, ihrer Behausung entgegen. Sie war völlig erschöpft und konnte es kaum erwarten, sich zu reinigen und ihre beschmutzten und durchnäßten Kleider zu wechseln.

Innerlich fühlte sie sich ruhig und stark; es war, als hätte sie jetzt erst einen Begriff bekommen von dem Wesen und der unerschöpflichen Kraft des Lebens.

Ein bulgarisches Mädchen, das den Schwestern als Dienerin zugeteilt war, kam ihr entgegen.

Es schrie ihr etwas zu, das sie nicht verstand. Aus seinen Gebärden erriet sie, daß sie im Schwesterhause von jemanden erwartet werde und sich zu beeilen hätte.

Ihr von der Nässe schweres Kleid emporhebend, ging sie die knarrende Holztreppe aufwärts und trat in das Vorzimmer, das nach türkischer Weise mit Teppichen und Polstern, die längs den Wänden hinliefen, ausgestattet war.

Bei ihrem Eintritte erhob sich die schlanke, hochgewachsene Gestalt eines Mannes, der seit einer halben Stunde in prickelnder Ungeduld dagesessen und auf sie gewartet hatte.

Er hatte seinen Zobelpelz auf das Polster zurückgeworfen und stand in einem langen Ueberrock da, der, vorne aufgeknöpft, den eleganten Schnitt seiner Kleidung sehen ließ.

Aber auch Kravatte und Handschuhe, der Haarscheitel und sein blonder Bart präsentierten sich äußerst korrekt, durchaus comme il faut.

(Fortsetzung folgt.)

schichtsauffassung sei, nichts ändern; höchstens kann sie beweisen, daß er sich über sich selbst nicht ganz klar ist. Man geht wohl nicht fehl, wenn man in seiner merkwürdigen Verschiebung der Theorie, auf der der wissenschaftliche Sozialismus beruht, die Wurzel seiner sonstigen Abwendungen vom Marxismus in Theorie wie Praxis sucht. — mx.

Aus der Parteibewegung.

Parteikonferenzen. Am Sonntag tagte in Freienwalde eine Konferenz des Wahlkreises Oberbarnim, an der 32 Delegierte teilnahmen. In ihrer Stellungnahme zu den Gemeindewahlen nahm die Versammlung eine von Salomon-Wriezen gestellte Resolution an, in der festgelegt wurde, daß die Parteigenossen aller Orte an den Kommunalwahlen sich zu beteiligen haben und wenn nötig, Kompromisse mit anderen Parteien abschließen. Der erste Teil fand allseitige Billigung, während sich um den Schluß ein hartnäckiger Kampf entspann. Schließlich wurde auch der zweite Teil der Resolution mit 18 gegen 12 Stimmen angenommen. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 804.98 Mark, eine Ausgabe von 700.75 Mark, sodaß ein Bestand von 104.23 Mark verbleibt. Außerdem sind für die Hinterbliebenen der Löbtauer 140.10 Mark abgesandt. Als Delegierter für Hannover wurde Former G. Stein-Wriezen und für die Provinzialkonferenz in Berlin Salomon-Wriezen, Goldbach-Eberswalde und Hirseland-Biesenthal gewählt. Zum Reichstagskandidaten wurde wie bisher Bruns-Berlin und als Kreisvertrauensmann Salomon-Wriezen und als Stellvertreter G. Stein-Wriezen bestimmt. —

Der Parteitag für Ost- und Westpreußen tagte diesmal in Danzig. Es war den dortigen Genossen gelungen, für diesen Zweck ein Lokal zu erhalten und konnte so zum erstenmal ein Arbeiterparlament in Danzig tagen. Aus den Berichterstattungen ist zu entnehmen, daß die Agitation eine günstige Entwicklung genommen hat. Es konnte konstatiert werden, daß die Partei fast in allen Kreisen der Provinz Anknüpfungspunkte gefunden hat. In seinem Referat über den Parteitag in Hannover bemerkte Reichstagsabgeordneter Haase unter anderem: Die Partei ist nicht dogmatisch und muß daher ihr Programm oft einer Prüfung unterziehen. In letzter Zeit haben bedeutende Parteigenossen Ansichten geäußert, die sich gegen unsere bisherige Taktik richten. Wenn Parteigenossen wie Bernstein an die Partei herantreten und sagen, unser Programm ist nicht mehr ganz einwandfrei, dann müssen wir wohl seine Argumente einer eingehenden Prüfung unterziehen. Die Gegner haben schon triumphiert, doch zu früh, das wird der Parteitag in Hannover beweisen. Gerade weil es sich in Hannover um einen so wichtigen Punkt handelt, müßten die Genossen demselben erhöhte Bedeutung beilegen. Ich stehe auf dem Standpunkt, Bernstein sieht die Entwicklung der Dinge in Deutschland nicht mehr richtig an. Das macht sein Aufenthalt in England. Wir stehen fortwährend mit den Arbeitern in Verbindung und kommen zu ganz anderen Schlüssen. Bernstein nimmt an, daß sich alle Staaten im Zustande einer zunehmenden Demokratisierung befinden. Er hält den Sieg der Demokratie für unsern Sieg; daß das falsch ist, beweist die Schweiz. Er wirft uns vor, daß wir auf die vollständige Verelendung der Arbeiter warten, um unsere Ziele zu verwirklichen. Unser Wirken beweist aber das Gegenteil, denn wir arbeiten gerade darauf hin, die Lage der Arbeiter zu verbessern und setzen alles daran, sie vor der vollständigen Verelendung zu bewahren. Es wird auf dem Parteitag in Hannover nicht nur die Frage des Prinzips erwogen werden, sondern ein äußerst wichtiger Beratungspunkt wird auch die Taktik sein. Die Partei hat ihre Taktik stets nach den gegebenen Verhältnissen zu wählen, natürlich darf gegen unsere Prinzipien nicht verstoßen werden. Die Vorgänge in Belgien, in Oesterreich und Bayern zeigen uns, daß wir allen Grund haben, über unsere Taktik gründlich zu sprechen, damit wir nicht vom richtigen Wege abkommen. Zur Agitation soll ein für Westpreußen geeigneter Kalender wie in Ostpreußen herausgegeben werden. Die Parteitage West- und Ostpreußen werden in Zukunft nicht mehr abgehalten, sondern Westpreußen soll seiner eigenartigen Bevölkerung wegen die Agitation allein betreiben und auch demgemäß seinen eigenen Parteitag abhalten.

In Lollar fand am Sonntag eine Kreiskonferenz des ersten hessischen Wahlkreises (Gießen) statt. Vertreten waren 17 Orte durch ca. 40 Delegierte. Gegenstände der Tagesordnung waren die bevorstehende Landtagswahl im Kreise Gießen-Land und der Parteitag in Hannover. Die Beschickung des Parteitages wurde beschlossen, als Delegierter Genosse Scheidemann gewählt. Nach längerer Diskussion über die Bernsteinfrage kam die Konferenz zu dem Schluß, daß dem Delegierten vollständig freie Hand zu lassen sei. Obwohl sich niemand direkt für Bernstein aussprach, war die Konferenz doch einmütig der Ansicht, daß es ein großer Fehler sein würde, Bernstein etwa auszuschließen.

Die Opfer des Kampfes gegen den Staatsstreich in Oesterreich entfallen hauptsächlich auf die Sozialdemokratie. Unser Wiener Parteiorgan schreibt dazu: „Die „Bilanz" der politischen Verfolgungen dieses Sommers kann noch nicht vollendet werden, immerhin ist es aber von Interesse, einmal zu betrachten, wie viel politische Verfolgungen dieser Sommer den Sozialdemokraten eingetragen hat. Am reichlichsten bedacht erscheinen die Mitglieder der Redaktion der Arbeiter-Zeitung. Wir verzeichnen da: Dr. Adler: einen Monat strengen Arrest; Ludwig Brauschneider: drei Monate strengen Arrest. Außerdem kam Genosse Neumann seiner Aburteilung wegen der Ringstraßendemonstration entgegen. Gegen Adler schwebt bekanntlich eine Untersuchung wegen Verbrechen nach § 65 und Vergehen nach § 300 des Strafgesetzes; gegen Pernerstorfer wegen Uebertretung nach § 314, gegen unseren Kollegen Dubler wegen Vergehen nach § 279. Hier müssen wohl noch die zwei Anklagen erwähnt werden, die gegen Neumann von Dr. Lueger und von der Majorität des niederösterreichischen Landtages erhoben worden sind. Uebrigens ist Genosse Neumann auch wegen seiner Rede am 31. Juli über die Zuckersteuer wegen Beleidigung der Regierung angeklagt." Dann folgt eine Liste von 70 Wiener Parteigenossen, die mit Freiheitsstrafen bis zu sechs Monaten schwerem Kerker belegt worden sind. „Zwei Verhandlungen aus den Wahlrechtsdemonstrationen sind noch vertagt. Die zahllosen polizeilichen Verurteilungen konnten hier nicht angeführt werden, obwohl da beträchtliche Arreststrafen — bis zur Maximalgrenze von vierzehn Tagen! — verhängt worden sind. Von Wiener Genossen werden noch verfolgt: Genosse Schuhmeier wegen Aufreizung gegen die Regierung, zweimal; Genosse Kaff wegen Beleidigung der Regierung; Genosse Metschl desgleichen; Genosse Preußler wegen Aufreizung gegen die Regierung; Genosse Schlinger in Florisdorf gleichfalls wegen Aufreizung. Gegen Genossen Prähauser in Salzburg ist die Anklage wegen Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe und Aufreizung gegen die Regierung fertig. Genosse Arbeitel in Steyr ist wegen § 305 zu drei Wochen Arrest bereits verurteilt. Wegen der Demonstration beim Lemberger Katholikentage wurden nach § 283 Genosse Chodzicki zu zwei Monaten strengem Arrest, Genosse Kopacz zu drei Wochen und Genosse Wyrostek zu fünfzehn Tagen Arrest verurteilt. Namhafte Opfer haben auch die Salzburger Demonstrationen gekostet. Nach unseren Berichten erscheinen vier Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. An Verurteilungen verzeichnen wir von Arbeitern: eine zu zwei Tagen, vier zu einer Woche, sechs zu vierzehn Tagen, eine zu drei Wochen Arrest und strengem Arrest, dann drei zu zwei Monaten, zwei zu drei Monaten und eine zu vier Monaten schwerem Kerker. Außer diesen achtzehn Arbeitern wurde noch ein Privatier zu vierzehn Tagen und ein Geschäftsreisender zu einem Monat Arrest verurteilt. Wie man sieht, ist das Konto der politischen Verfolgungen der Sozialdemokraten nicht grade karg." —

Politische Satire. Der Vorwärts hat sich in seiner jüngsten Sonntags-Nummer einen äußerst gelungenen Scherz geleistet, indem er ein geschickt erfundenes „Cirkular an die Verwaltungsbeamten" veröffentlichte, in welchem alle diese Beamten zur Niederlegung der Arbeit und zum Boykott der Regierung aufgefordert werden. Ein bürgerliches Blatt ist auch richtig halb und halb auf den Scherz hereingefallen, wie Nachstehendes beweist:

Streikende Landräte? Der Hannoversche Anzeiger vom 3. September bringt unter der Ueberschrift der vorstehenden Spitzmarke folgendes Telegramm aus Berlin:

M. Berlin, 2. Sept. (Privat-Telegramm.) Der Vorwärts veröffentlicht ein streng vertrauliches Aktenstück, das einen interessanten Einblick in die nächsten Absichten der gemaßregelten Verwaltungsbeamten gewähren soll. Das Rundschreiben, das nach dem der Redaktion vorliegenden Exemplar bereits vor zwei Tagen versandt sein soll, macht den Eindruck einer Fälschung. Es heißt darin: Wie aber sollen wir diesem Schlag (der Maßregelung der Landräte) begegnen, der uns in unseren heiligsten Empfindungen und höchsten Rechten bedroht? Es giebt nur ein Mittel: Wir müssen uns solidarisch mit den edlen Märtyrern des Mittellandkanals erklären. Kein in den Traditionen des preußischen Adels erzogener Mann darf fürderhin dieser Regierung dienen. So erwarten wir denn auch von Ihnen, hochverehrter Herr Landrat, daß Sie sofort die Arbeit niederlegen.

Das Cirkular ist augenscheinlich gefälscht, wie schon die mitgeteilten Proben erkennen lassen. Der Vorwärts nimmt übrigens die Sache völlig ernst, wie seine Schlußbemerkungen erkennen lassen. In der That, bemerkt hierzu unser Central-Organ, der Vorwärts hat die Sache völlig ernst genommen. Er ist nun einmal so dumm, seine — eigenen Erfindungen völlig ernst zu nehmen. Uebrigens lag dem scherzhaften Rundschreiben wirklich eine Thatsache zu Grunde: die gesellschaftliche Boykottierung der jetzt selbst gemaßregelten Maßregelungsminister. —

Soziale Bewegung.

Die in Berliner Bäckereien und Konditoreien beschäftigten Hausdiener werden sich demnächst zu einer Organisation zusammenschließen. Es sind bei 1900 in Berlin befindlichen selbständigen Bäckern und Konditoren etwa 300 Hausdiener beschäftigt. Sie klagen vielfach über schlechte Schlafstätten, mangelhafte Beköstigung und überlange Arbeitszeit. Im Falle die Bäckergesellen Lohnforderungen stellen, werden sich die Hausdiener den Gesellen anschließen. —

In eine allgemeine Lohnbewegung sind die Berliner Klempner eingetreten. Sie haben nachstehende Forderungen an die Unternehmer gerichtet: 1. Durchführung der neunstündigen Arbeitszeit in allen Betrieben; 2. 50 Pfennig Minimallohn für die Stunde; 3. 25 Prozent Zuschlag für Ueberstunden; 4. Arbeitsschluß am Sonnabend um 5 Uhr; 5. Arbeitsschluß am Tage vor den großen Festen um 4 Uhr; 6. Ersatz des Fahrgelds bei größeren Entfernungen von der Werkstatt nach dem Bau; 7. Garantie des Minimallohnverdienstes für die Accordarbeiter und Aushängung des Accordtarifs; 8. genügende Ventilation und Waschvorrichtungen in den Bauwerkstätten; 9. Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen für Bauarbeiten. Ueber die Erfüllung dieser Forderungen soll durch Fragebogen eine genaue Auskunft erlangt werden; den Arbeitgebern ist bis Sonnabend Bedenkzeit gelassen. —

Der Streik der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen in Schwiebus dauert unverändert fort. —

Am 5. September reichte die gesamte Arbeiterschaft der Akien-Seidenfärberei in Krefeld etwa 600 Mann, die Kündigung ein. Da die Kündigungsfrist nur einen Tag beträgt, dürfte morgen der Streik bereits perfekt sein. Die Ursache der Differenzen ist die Maßregelung von 14 Arbeitern.

Die Nürnberger Tischler sind schon vor einiger Zeit in eine Bewegung zur Erringung des Neunstundentages eingetreten. Das Resultat ist ein günstiges: Bis jetzt haben bereits 17 Unternehmer, darunter die größten Firmen bewilligt. Es soll dahin gestrebt werden, folgende Einteilung der Arbeitszeit gleichmäßig durchzudrücken: Die Arbeitszeit dauert von morgens 7 Uhr bis abends 5½ Uhr mit einer Mittagspause von 12 bis 1½ Uhr oder Montags von früh 8 Uhr bis abends 6 Uhr mit 1½ Stunden Mittagspause, Sonnabends bis 4 Uhr, die anderen Tage von 7 bis 6 Uhr mit einer Mittagspause von ebenfalls 1½ Stunden. Die Frühstücks- und Vesperpausen sollen ganz abgeschafft werden. —

Die Gewerkschaftsorganisation als Verhüterin von Streiks. In der Belegschaft der Grube Alt-Zscherben im Mansfelder Braunkohlenrevier kriselte es schon längere Zeit; die Belegschaft forderte bessere Löhne und Ausgleichung der Lohnunterschiede. Am Mittwoch, den 30. August, brach es los. Die Arbeiter, zu zwei Dritteln organisiert, wollten bindende Erklärungen haben und fuhren nicht an. Donnerstag nahm eine Deputation Rücksprache mit dem Grubendirektor; dieser versprach im Beisein des Obersteigers und des Inspektors eine Ausgleichung der großen Lohnunterschiede und es sollten auch einige Pfennige Lohn zugelegt werden. Darauf veranlaßten die Führer der organisierten Arbeiter die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit. Widerstand fanden sie hierbei vornehmlich bei den Nichtorganisierten, die nun mit aller Macht mit dem Kopf durch die Wand rennen wollten. Dem eindringlichen Zureden der Organisierten gaben sie nach. Für die organisierten Arbeiter dürfte dieser Vorgang durchaus nichts besonders neues enthalten, denn ähnliches läßt sich bei manchem Streik beobachten, im Zeichen der Zuchthausvorlage aber, die den Gewerkschafts-Organisationen am liebsten den Garaus machen möchte, ist es nicht überflüssig, derartige Vorgänge weiteren Kreisen zur Kenntnis zu geben. —

Maßregeln gegen die „Verrohung der Jugend". Die reichstreuen Bergarbeitervereine des Waldenburger (Schlesien) Grubenvereins beschlossen, verschiedene Uebelstände, welche die „Verrohung unter den jugendlichen Bergleuten" fördern, zu beseitigen. Man will vor allem das Alter, welches zur Aufnahme in die Vereine berechtigt, von 20 auf 16 Jahre herabsetzen, um auf die Jugend einen bildenden Einfluß durch belehrende Vorträge und gute Beispiele auszuüben. — Das ist wirklich sehr gut! In Sachsen schloß man die jungen Leute, die noch nicht 21 Jahre alt sind, aus Versammlungen und Vereinen aus, und dort sehen die Parteigänger der sächsischen Reaktionäre den bildenden Einfluß der Organisation selbst ein und heben die Jugend wieder hinein in die Vereine. Das ist eine derbe Ohrfeige für die sächsischen Rückschrittler, trotzdem es sich dort nur um Muckervereine handelt. Wie viel mehr wirken erst jene Vereinigungen auf die Bildung der Jugend ein, die sich ernsthaft mit Besserung auch ihrer wirtschaftlichen Lage befassen. —

Die Zwickauer Polizei hat den Maurerstreik — aufgelöst, genau so wie sie vor zwei Jahren den Zimmererstreik für erloschen erklärte und deshalb das Streikkomitee auflöste. In einer Zuschrift an den augenblicklichen stellvertretenden Streikleiter Louis Eckstein verfügte die Behörde, daß er bei 100 Mark Strafe weder Streikposten aufstellen noch irgend welche Thätigkeit für den Streik entfalten dürfe. Der Streik ist aber keineswegs beendet, es sind noch eine Anzahl Streikender zu unterstützen; auch arbeiten hunderte Zwickauer Maurer auswärts. Am Schlusse des behördlichen Schreibens heißt es schließlich noch, daß die Einwendung eines Rechtsmittels die Vollstreckung der Strafe nicht aufhalten würde. — Der „Auflösung" des Streikbureaus der Maurer reiht sich aber eine zweite Verfügung des Polizeistadtrats an. Der Wirt des Belvedere, Herr J. Seifert, hatte zugelassen, daß sich die Streikleiter in seinem Restaurant aufhalten und dort die Angelegenheiten, den Streik betreffend, erledigen. Jetzt hat auch er eine Verfügung der Polizeibehörde erhalten, in der ihm der Beschluß der Polizeibehörde betreffend Auflösung des Streikbureaus mitgeteilt wird. Dann wörtlich weiter heißt es:

Sie werden hiervon in Kenntnis gesetzt mit dem Bedeuten, daß Sie im Falle der ferneren Einräumung des von der bisherigen Streikleitung benutzten Lokals oder einer anderen Räumlichkeit in Ihrem Hausgrundstücke für Zwecke der Fortsetzung der Streikbewegung Geldstrafe bis zu Einhundert Mark oder Haft bis zu vierzehn Tagen zu gewärtigen haben.

Auf ein Gesetz, das diese Verfügung rechtfertigen könnte, hat sich die Polizeibehörde in beiden Fällen nicht bezogen. Hiernach muß abgewartet werden, bis die Strafverfügungen wirklich eingehen, dann wird man gesetzmäßig erfahren müssen, worauf die Polizeibehörde ihren Eingriff in privatrechtliche Verhältnisse stützt. Daß diese Verfügungen der Polizeibehörde unter den Arbeitern den stärksten Unwillen hervorgerufen haben, läßt sich leicht begreifen. —

Die Frauenpost.

Ueber **die Beteiligung des weiblichen Geschlechts an der Erwerbsthätigkeit** veröffentlicht Frau Käthe Dunker-Leipzig eine umfangreiche, durch zahlreiche Tabellen unterstützte Arbeit im Korrespondenzblatt der Generalkommission. Diese dankenswerte Arbeit hat einen bleibenden statistischen Wert und dürfte den einzelnen Berufen und ihren Organisationen wie auch dem Sozialpolitiker Anlaß geben, bei der weiteren Thätigkeit sich auf diese Ziffern zu stützen. Frau Dunker stützt sich auf die Berufszählung von 1895 und bringt das aus derselben gewonnene Material in eine Gegenüberstellung mit demjenigen der Berufszählung von 1882. Demnach ist seit 1882 die Frauenarbeit beständig im Zunehmen, weil sie „billiger" ist, wie die Verfasserin in treffender Weise nachweist. Unter den 140 Berufsarten, von denen Frau Dunker ausgeht, befinden sich 82, in denen die Frauen relativ stärker zunehmen als die Männer. Dazu kommen noch vierzehn, in denen die Zahl der Männer absolut abnahm, während die Zahl der Frauen wuchs. Bedauerlich ist die Zunahme der verheirateten Frauen im Erwerbsleben. 1882 waren von den als Arbeiterinnen in der Industrie beschäftigten Frauen jede achte verheiratet, 1895 bereits jede sechste. Der Anteil der Frau an der Hausindustrie (154,604 oder 45,16 Prozent) ist doppelt so groß, als an der Erwerbsthätigkeit überhaupt.

Zum Elend der Hausindustrie sagt die Reichsstatistik selbst: „Häufig ist diese Ausdehnung der Hausindustrie auf das vom volkswirtschaftlichen Standpunkte nicht unbedenkliche Bestreben der Unternehmer zurückzuführen, eine Erweiterung der Fabrikanlage, die sich an sich als notwendig erweist, wegen der hohen Mietpreise zu vermeiden und lieber die Arbeit in die Hausindustrie zu vergeben; diese erspart ihnen die Ausgaben für Beleuchtung, Heizung, Lüftung und Instandhaltung, sowie für Aufsichtspersonal, erlaubt ihnen, niedrigere Arbeitslöhne zu zahlen und macht ihnen keine Auflagen in Bezug auf Arbeiterschutz, namentlich was die Beschäftigung von Frauen und Kindern betrifft, und in Bezug auf Arbeiterversicherung.“ In Summa haben sich die weiblichen Erwerbsthätigen seit 1882 um 23,6 Prozent vermehrt, aber die Zahl der Verheirateten unter ihnen ist nicht mehr als doppelt so rasch gewachsen (von 697,639 auf 1,046,381), d. h. um fünfzig Prozent! Weiter sagt die Verfasserin: „Kann der Verdienst des Mannes nicht einmal die Frau vor der Erwerbsarbeit bewahren, so noch viel weniger alte und gebrechliche Familienglieder dem Kampfe ums Dasein entziehen. Bei einem Vergleiche der weiblichen Berufsthätigkeit nach Altersklassen haben seit 1882 die stärkste relative Zunahme gefunden — die 70 Jahre und darüber alten, sie sind auf 121,953 angewachsen, d. h. um 33,26 Prozent. Das Gegenstück der Greisenarbeit, die Kinderarbeit, zeigt uns eine ähnliche Tendenz des Wachstums und einen Eingriff in das Familienleben auch von dieser Seite. 1895 zählte man 52,016 weibliche Erwerbsthätige und 32,653 Dienstboten unter 14 Jahren. Die gesamte Kinderarbeit umfaßte 214,954 Seelen.“ —

Handel und Industrie.

Gegen die agrarisch-schutzzöllnerischen Bestrebungen im Gärtnergewerbe hat sich der Süddeutsche Gärtnerverband auf seiner von ca. 1000 Mitgliedern aus Baden, Württemberg, Bayern, Hessen und dem Reichslande besuchten Hauptversammlung in Karlsruhe ausgesprochen. Unter anderem wurde beschlossen, die Bestrebungen der süddeutschen Gärtner, das Gärtnervereinswesen von der Landwirtschaft loszulösen und dem Gewerbe anzuschließen, in jeder Weise zu förden. In Betreff der Zollfrage ging die allgemeine Meinung dahin, daß die Einführung eines Zolles auf gärtnerische Erzeugnisse für den kleinen Gärtner, der die Mehrheit bilde, ohne jeden Nutzen sei. Lediglich die Großzüchter, die Agrarier, würden einen Nutzen davon haben. Bei dem geringen Zollerträgnis, das sich höchstens auf eine Viertelmillion belaufen dürfe, werde es sich die Reichsregierung wohl überlegen, einen solchen Zoll einzuführen. Wir begrüßen diesen Beschluß mit Genugthuung. Er ist eine wertvolle Ergänzung zu der Stellungnahme der norddeutschen Gärtner in Liegnitz und Erfurt, welche ebenfalls keine Lust haben, sich ins agrarische Schlepptau nehmen zu lassen und den Großgrundbesitzern als Vorwand für die in deren Sonderinteresse gewünschte Verteuerung notwendiger Lebensmittel zu dienen. —

Zoll auf Hüte. Die deutschen Haar- und Wollhutfabrikanten bitten darum, daß bei den künftigen Handelsverträgen der Gewichtszoll für Hüte in einen Stückzoll umgewandelt werde. —

Die sächsische Tafelglas-Industrie sieht gegenüber der preußischen ihre Interessen gefährdet durch den Fortbildungsschulzwang, die Vorschriften über die Sonntagsruhe und das sächsische Gesetz über die obligatorischen Feiertage. Das erklärt ungeniert der Bericht der Dresdener Handels- und Gewerbekammer. Es beweist, wie jämmerlich der Arbeiterschutz in Preußen beschaffen ist, wenn sich sächsische Unternehmer unter Berufung auf Preußen über Beschränkung ihrer Ausbeutungsfreiheit beklagen können. —

Nach der Londoner St. James' Gazette hätten Beauftragte **amerikanischer Lokomotivfabriken,** nachdem es ihnen in England so über Erwarten gelungen, neuerdings den Versuch gemacht, ihren Werken auch aus Deutschland Aufträge zuzuführen. Einer in Philadelphia etablierten Firma wäre es in der That gelungen, die deutsche Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen und von der sächsischen Staatsbahnverwaltung eine Bestellung auf 20 Lokomotiven zu erhalten, da sie sich kontraktlich verpflichtet habe, die Lieferung loco Bahnhof Chemnitz einschließlich des Einfuhrzolls zu niedrigerem Preise und in kürzerer Frist zu effektuieren, als irgend eine der mitbewerbenden Firmen. Hierzu bemerkt ein Organ des Centralverbandes deutscher Industrieller: „Wir haben Grund zu der Annahme, daß die Mitteilung des Londoner Blattes den Thatsachen nicht entspricht, und daß insbesondere die sächsische Eisenbahnverwaltung einen Auftrag der bezeichneten Art nach Amerika nicht vergeben hat, obgleich die von dort eingelangte Offerte die zweitbilligste war.“ Diese Angabe dürfte zutreffend sein. **Als Symptom der Lage des deutschen Eisenmarktes aber verdient es Beachtung, daß ein amerikanisches Werk trotz Schutzzoll und trotz hoher Transportkosten die zweitbilligste Offerte nach Dresden legen konnte.** —

Militärische Nachrichten.

Ein neues Jägergewehr. Der Schlesischen Volkszeitung wird aus militärischen Kreisen geschrieben: „Die Ausrüstung einiger der im Elsaß liegenden Jägerbataillone mit Maximschen Maschinengewehren, von der die Straßburger Post berichtet, verdient nicht nur in taktischer, sondern auch in finanzieller Hinsicht besondere Beachtung. Denn offenbar handelt es sich bei derselben um einen bereits in ziemlich vorgeschrittenem Stadium befindlichen Versuch der praktischen Verwendung dieser neuen Schnellfeuergewehre zunächst bei einem Teil der Jägertruppe, der voraussichtlich, wenn seine Ergebnisse günstige sind, auch auf die übrigen Bataillone derselben ausgedehnt und zur Einführung der Maximgewehre bei den gesamten Jägern und Schützen des deutschen Heeres führer wird —

A. S. Hurd veröffentlicht im Augusthest der englischen Zeitschrift Cashier einen bemerkenswerten Artikel über die **englische Kriegsflotte.** Er giebt zunächst eine lebhafte Schilderung der einzelnen Panzerschiffe und Kreuzer, bespricht sodann die Bauart, Fahrgeschwindigkeit, Bestückung 2c. der neuesten Schiffe und schließt mit einer Berechnung über den Geldwert der englischen Kriegsflotte. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die englische Kriegsflotte gegenwärtig einen Geldwert von 108 Millionen Lstr. hat. Die englische Kriegsflotte besteht zur Zeit aus:

		Lstr.
64	Panzerschiffen	52 000 000
15	Küstenverteidigern	3 100 000
22	gepanzerten Kreuzern	11 827 000
119	leichtgepanzerten Kreuzern	29 037 000
16	ungepanzerten Kreuzern	2 236 000
85	Torpedofahrzeugen	2 300 000
120	Torpedojägern	6 000 000
98	Torpedobooten	2 000 000
		108 000 000

Wie ungeheuer diese Summe auch ist, so sind darin doch nicht die Beträge enthalten, welche die Neubauten (27 auf Stapel) kosten werden. Werden diese Summen hinzugefügt, so stellt sich der Geldwert der englischen Flotte auf 125 Millionen Lstr. —

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Der vorbestrafte Jockey Vincent Skowronek aus Friedrichsfelde, geboren 1878, erhielt am 3. Juli d. Js. von einem Gastwirt in der Friedrichstadt 20,30 Mark eingehändigt, die er für ihn in einem hiesigen Wettbureau auf ein bestimmtes Pferd anlegen sollte. Skowronek behielt das Geld für sich und übergab dem Auftraggeber eine gefälschte Quittung. Der geständige Angeklagte erhielt wegen schwerer Urkundenfälschung im Verein mit Betrug drei Monate Gefängnis. —

Der Oekonomie-Verwalter Hermann Schrader zu Eggenstedt, geboren 1873, erhielt am 1. Juni d. J. Stellung auf dem Gute daselbst, wurde aber am 3. Juni bereits wieder entlassen. Bei seiner Abreise nahm er die ihm in Verwahrung gegebenen 243,10 Mark Bestand der Krankenkasse mit und verbrauchte das Geld. Den Angeklagten trafen wegen Unterschlagung 2 Monate Gefängnis.

Der Fahrradhändler J. C. Bramkamp in Cincinati wurde wegen Wanderlager-Gewerbesteuervergehens zu 900 Mark Geldstrafe verurteilt. —

Die Lithographenlehrlinge Adolf Marek, geboren 1882, und Walter Bieger, geboren 1884, von hier, erbrachen am 11. Juni d. Js. die verschlossene Bodenkammer eines Posamentiers und stahlen gemeinschaftlich sechs Kanarienvögel. Abends gingen die Angeklagten nochmals hin, öffneten die Thür mit einem falschen Schlüssel und stahlen wieder zwölf Kanarienvögel. Das Urteil lautete wegen schweren Diebstahls auf je eine Woche Gefängnis. —

Gewerbegericht Magdeburg.

Die Zeugnisse einbehalten. Der Hausdiener W. gab dem Kaufmann Alexander seine Papiere zur Durchsicht. Durch irgend ein Versehen war es dem W. nicht möglich, seine Zeugnisse an den darauf folgenden Tagen wieder zu erlangen, so daß er nirgends Arbeit bekommen konnte. W. verlangt bis zur Herausgabe der Papiere, die dann nach vier Tagen stattgefunden hat, pro Tag 2 Mark Entschädigung, die ihm auch zugesprochen werden, da der Arbeitgeber dafür zu sorgen hat, daß dem Arbeitnehmer jederzeit seine Papiere ausgehändigt werden können. —

Ohne Kündigung ist der Platzmeister R. von der Firma Efrem u. Bicknase entlassen. Er verlangt für vierzehn Tage 50 Mark Lohnentschädigung und 2 Mark für freie Feuerung. Die Beklagte behauptet, zur sofortigen Entlassung berechtigt gewesen zu sein, da Kläger die Arbeit verweigert habe. Kläger giebt zu, die Arbeit, einen Wagen Holz umzusteifen, verweigert zu haben, da die Arbeit nicht ordnungsgemäß ausgeführt werden sollte. Wenn bei dem Weitertransport ein Unglück passiere, wälze die Beklagte alle Schuld auf ihn. Kläger wird mit seiner Entschädigungsforderung abgewiesen, da ihn bei einem Unglücksfalle keine Verantwortung habe treffen können. —

Arbeiter macht klare Arbeitsverträge ab. Der Lohnkellner S. verlangt von dem Restaurateur Müller (Krystallpalast) 11.60 Mark Restlohn. Beklagter bestreitet die Forderung und will dem Kläger nur noch 3.40 Mark, von denen ein Teil ausgezahlt sei, zubilligen. Kläger behauptet, der Beklagte habe für drei Mark Umsatz 20 Pfennig Prozente versprochen. Während des Servierens teilte ihm Beklagter aber mit, daß für Essen und Wein garnichts gezahlt werde. Aus den Geschäftsbüchern ist zu ersehen, daß dem Kläger zusammen nur 4.58 Mark zustehen, zu deren Auszahlung Beklagter auch verurteilt wird. —

Ein interessanter **Majestätsbeleidigungsprozeß** wurde am 4. September vor der 5. Strafkammer des Dresdener Landgerichts verhandelt. Der Angeklagte war ein in den dortigen Militärwerkstätten beschäftigter, verheirateter Sattlergehilfe Patschwitz. Gelegentlich irgend eines Jubiläums erhielten die Arbeiter der Militärwerkstätten je 5 Mark als Geschenk. Darüber soll sich nun P. geringschätzig ausgesprochen und dabei eine den sächsischen König beleidigende Aeußerung gethan haben. Die Anklage wurde erhoben auf die Denunziation eines entlassenen Mitarbeiters Namens Böhmig. Dieser glaubte, durch diese Heldenthat sich einzuschmeicheln, und seine verlorene Stelle wieder zu erlangen. Zu der Hauptverhandlung (die während der Beweisaufnahme geheim geführt wurde und viereinhalb Stunden währte) waren 13 Zeugen geladen. Vier davon, darunter der Denunziant, erklärten unter Eid, die fragliche Aeußerung bestimmt gehört zu haben. Acht Zeugen sagten entlastend aus. Sie konnten nicht sagen, die Aeußerung ist nicht gefallen, sie erklärten aber bestimmt, in allernächster Nähe des Angeklagten sich aufgehalten und nichts gehört zu haben von einer derartigen Aeußerung. Auf Grund dieser Ergebnisse der Beweisaufnahme erfolgte Freisprechung des Angeklagten. Das Gericht hat Bedenken getragen, wie es in der Urteilsbegründung hieß, unter Berücksichtigung der Art und Weise, wie die Anklage zu stande kam, und anderer Umstände dem Belastungszeugen volle Glaubwürdigkeit beizumessen. Es müsse auch deshalb bezweifelt werden, daß die Beleidigung gefallen ist, weil sie nach Lage der Sache geradezu hirnverbrannt hätte genannt werden müssen, da sich der Angeklagte gar nicht im Zweifel darüber sein konnte, daß er durch eine derartige Aeußerung nicht nur ins Gefängnis, sondern auch um seine gutlohnende (30 Mark Wochenverdienst) Stelle gekommen wäre, die er seit 13 Jahren inne hatte. Es käme dabei gar nicht in Betracht, was für eine politische Gesinnung P. habe, obwohl er erklärt hat, königstreu zu sein. —

„Die Zahl der wegen in der Zeit des **Herner Aufstandes** begangenen Ausschreitungen zur gerichtlichen Verantwortung Gezogenen ist größer, als man ursprünglich erwartet hatte. Da zudem mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit der damaligen Situation das Strafmaß durchweg scharf angezogen wird, dürfte die Gesamtsumme der erkannten Freiheitsstrafen **hundert Jahre** weit übersteigen.“ Mit dieser vielversprechenden Einleitung beginnt ein bürgerliches Blatt in Bochum seinen Bericht über die letzte Sitzung des dortigen Landgerichts, das unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Pellinghof wiederum gegen 8 Angeklagte, darunter 7 Polen, wegen Nötigung bezw. Körperverletzung auf insgesamt 91 Monate Gefängnis erkannt hat; nur einer wurde freigesprochen. Wozny erhielt 1 Jahr 11 Monate, Schmilewsky und Krumrey je 1 Jahr, Ludviczak, Golocik, Mertes und Scaletzky je 9 Monate, Sobreisky 8 Monate Gefängnis. Mertes hat am 26. Juni von Krumrey Schläge bekommen, weil er noch arbeitete, am 27. Juni legte er selbst die Arbeit nieder und zeigte sich bald als gelehriger Schüler der Excedenten, die mit dem polnischen Schlachtruf „Urraha“ von der Schicht kommende Kameraden angriffen. Der am schwersten Verurteilte, Wozny, soll nur in einem Falle am 26. Juni einen Kameraden durch Mißhandlung zur Niederlegung der Arbeit genötigt haben. Nach von einem Korrespondenten der Leipziger Volkszeitung gemachten genauen Aufzeichnungen sind wegen der Herner Unruhen verurteilt worden: Im Juli 21 Angeklagte zu 166 Monaten, 2 Wochen und 3 Tagen Gefängnis, im August 6 Angeklagte zu 52 Monaten, im September 8 Angeklagte zu 91 Monaten. Das ergiebt für 35 Verurteilte eine Gesamtstrafe von 25 Jahren, 9 Monaten, 2 Wochen und 3 Tagen Gefängnis. Gegenwärtig macht sich ein starkes Organisationsbedürfnis auch unter den fremdländischen Bergleuten von Herne und Umgegend geltend. Der „alte Verband“ hat seit dem 25. Juni über 200 neue Mitglieder gewonnen, auch der christliche Gewerkverein nimmt fortwährend neue auf. —

Kleine Chronik.

Auf der Station Immendingen stieß eine Rangierabteilung mit einem Güterzug zusammen, wobei beide Lokomotivführer sowie ein Heizer verletzt wurden. Die Lokomotiven und einige Wagen wurden stark beschädigt. —

Nach der Badener Presse wurden im Kurgarten zu Badenweiler zwei Damen überfallen und beraubt. Der Thäter ist etwa dreißig Jahre alt. Geraubt wurde eine mittelgroße Damenuhr mit goldener Kette. —

Das 7 Jahre alte Kind eines in der Synagogenstraße in Mainz wohnenden Fuhrmanns spielte mit Zündhölzern; das Kind geriet dabei in Flammen und trug so schreckliche Brandwunden am ganzen Körper davon, daß das Kind am Nachmittag desselben Tages im Hospital verstarb. —

Ein Volksschullehrer aus einem benachbarten Orte hat sich der Polizei in Mainz selbst gestellt; er hat als Kassierer des Konsumvereins seiner Gemeinde Unterschlagungen begangen. —

Weshalb gewisse Leute die Kirche besuchen, das plaudern mit dankenswerter Offenheit die Leipziger Neuesten Nachrichten aus. Ein Einsender beschwert sich nämlich in diesem Blatte über die **tschechische und polnische Arbeiterbevölkerung,** die jetzt immer in der Dresdener katholischen Hofkirche anzutreffen sei und vor der die „vornehme Welt, katholisch oder andersgläubig, fremd oder einheimisch, entsetzt zurückweiche! „Sympathisch (so schreibt der Einsender wörtlich) können uns diese Leute (die Arbeiter) in ihrer äußeren Erscheinung nie und nimmer sein, und wenn man sie in großen Trupps den Platz vor den Kirchthüren vor und nach den Messen einnehmen und während derselben die Kirche füllen sieht, so meidet man diese lieber. (!) Früher war das anders. Kein Fremder würde sich damals den Besuch der von 11 bis 12 Uhr mittags stattfindenden großen Messe versagt haben. Die Pracht des religiösen Ceremoniells und die Eleganz der Besucher, vornehmlich der Damenwelt, machte einen imponierenden Eindruck. Dabei herrschte eine musterhafte, Ehrfurcht und Andacht fördernde Ordnung. Man hätte, um nicht zu stören, den Atem anhalten mögen, so war der Eindruck, den man beim Betreten des Raumes empfing. Das alles hat nachgelassen. Tritt man aus dem Gotteshause, so eilt man, möglichst rasch den Platz zu verlassen, während früher nach Beendigung des Gottesdienstes die Herrenwelt von der dem Georgenthor zunächst gelegenen Ausgangsthür bis zu diesem hinüber eine Art Ehrengasse für die vorüber passierende Damenwelt bildete und so der weiblichen Schönheit huldigte. (!) Heute aber treiben sich dort, wie schon gesagt, ganze Gruppen tschechischer und polnischer Männer und Weiber herum, und die Garderobe der letzteren wirkt durch schreiende Farben geradezu verletzend auf das Auge. So ist es begreiflich, daß man angesichts dieser Leute die Kirche und ihre nächste Umgebung lieber flieht (!) und notgedrungen diesen mehr und mehr zuziehenden fremden Arbeitern das Vorrecht lassen muß.“ Jeder Kommentar könnte die Wirkung dieses Bekenntnisses eines „frommen“ Christen nur abschwächen! —

Vermischte Nachrichten.

„Aus dem Lande der Schulen". Im Dorfe Bichowo im Posen'schen unterrichtet, wie die Volkszeitung erfährt, ein Lehrer 180 Kinder, 30 schulpflichtige Kinder müssen außerdem der Schule fern bleiben, da für sie kein Raum darin ist. In Walentynowo versteht der einzige Lehrer kein Wort polnisch. Infolgedessen wird in der Unterstufe kein Religionsunterricht erteilt. Die Eltern haben eine Petition an die Regierung gerichtet zwecks Erlangung eines polnischen Religionslehrers, bis jetzt ist aber kein Bescheid erfolgt. Ob wohl jemals militärpflichtige Ausgehobene nicht eingezogen werden, weil kein Platz in den Kasernen da ist? —

Aller guten Dinge sind drei. Recht naiv ist zuweilen die Neue Bayerische Landeszeitung, das offizielle Organ des Bayerischen Centrums. In einer ihrer letzten Nummern plaudert sie aus: In Randersacker bei Würzburg wollte der Pfarrer im katholischen Arbeiterverein eine strenge Musterung halten und alle Mitglieder ausschließen, welche bei der Landtagswahl nicht für die Centrumspartei, sondern für die Sozialdemokratie gestimmt hatten. Die Untersuchung ergab, daß nur drei für das Centrum gestimmt hatten: Der Vorsitzende, der Meßner und der Pfarrer. Lieb' Vaterland, kannst ruhig sein! —

Die Lehre vom Fegfeuer. Die Wiener Wochenschrift Die Wage zeigt als mit Approbation des Fürstbischofs von Brixen soeben erschienen an: „Die Lehre vom Fegfeuer, beleuchtet durch Thatsachen und Privatoffenbarungen." Von P. Fr. X. Schouppe, S. J. (Brixen 1899, Verlag von A. Weger.) Um den Hauptgegenstand der Ausführungen Schouppe's zu kennzeichnen, führt das Wiener Blatt folgende Stelle aus dem Buche an: „Wenn die Seelen des Fegfeuers den Lebenden erscheinen, so geschieht es immer in einer Haltung, die Mitleid erregt ... auch erscheinen sie oft von Flammen umgeben. Aus diesen eben mitgeteilten verschiedenen Anzeichen wird man die armen Seelen des Fegfeuers erkennen. Aber es giebt einen Fall, wo die Erscheinung für verdächtig gelten muß: wenn nämlich ein großer, ärgerlich lebender Sünder plötzlich vom Tode überrascht worden wäre und nun käme, um die Lebenden für seine Befreiung aus dem Fegfeuer zu bitten. Dem Satan ist sehr viel daran gelegen, glauben zu machen, daß man bis zum Tode in den größten Ausschweifungen leben und dennoch der Hölle entrinnen kann." —

Die beiden Schiffbrüchigen. Die norwegische Barke „Drott" wurde, wie bereits kurz gemeldet, am 11. August auf der Fahrt nach Buenos Aires in der Straße von Florida ein Wrack. Neun Mitglieder der Mannschaft wurden über Bord gewaschen und die Boote gingen bald verloren. Acht der übrigen Seeleute machten ein Floß, das sich aber bald in zwei Teile teilte, so daß zwei Personen auf dem einen Teile blieben und sechs auf dem anderen. Einer dieser Leute fing, wie die Frankfurter Zeitung schreibt, Fische mit einer Angel und hielt dadurch seine Kameraden am Leben. Dann wurde er wahnsinnig und sprang über Bord. Zwei andere starben vor Hunger und Durst, und ihre drei überlebenden Kameraden aßen von ihren Leichen und tranken ihr Blut. Da sich immer noch kein Segel zeigte und die Leichen übelriechend wurden, zogen die drei Ueberlebenden das Los, um denjenigen, den das Los traf, zu töten. Das Los fiel auf einen Deutschen. Dieser nahm sein Schicksal ohne Murren hin und riß sogar seine Kleidung auf, um den Todesstreich zu empfangen. Als der Dampfer „Woodruff" das Floß mit den beiden Norwegern entdeckte, aß einer derselben noch Fleisch von seinem toten Kameraden und das Floß war umschwärmt von Haifischen. Beide hatten das Blut des Deutschen getrunken und Teile seines Körpers verzehrt. Von den beiden Ueberlebenden ist Anderson irrsinnig und Thomassen furchtbar verstümmelt, da Anderson ihn angriff und Teile von seinem Gesicht und seiner Brust abbiß. —

Robert Bunsen als Ordensträger. Charakteristisch für Bunsens Art ist der Standpunkt, den er gegenüber den unzähligen Ehrungen, die ihm von allen Seiten entgegengebracht wurden, einnahm. Auf den Titel „Exzellenz", der mit dem ihm verliehenen Charakter eines Geheimen Rates erster Klasse verbunden war, legte er keinen Wert. Wenn er, wie es öfter vorkam, bei einer vorübergehend anwesenden Fürstlichkeit zum Empfang „befohlen" war, passierte es ihm wohl, daß er vergaß, seine Orden anzulegen. Um dieser manchmal übel vermerkten Vergeßlichkeit vorzubeugen, kam seine Haushälterin auf den Einfall, seine sämtlichen Orden und Ehrenzeichen in den Taschen der Beinkleider unterzubringen, die er zu seinem Frack anzuziehen pflegte. Eines Tages war ein badischer Prinz in Heidelberg anwesend, und Bunsen war mit einer Anzahl anderer Hochschullehrer bei ihm zur Tafel geladen. Als er das Vorzimmer betrat, fand er die übrigen Gäste schon versammelt, aus deren Reihe ein Kollege auf ihn zutrat mit den Worten: „Aber Herr Geheimrat, wo haben Sie denn Ihre Orden?" Bunsen stutzt, besinnt sich, greift in die linke Hosentasche und zieht vor den erstaunten Anwesenden eine Hand voll Sterne und Kreuze heraus. Die anfängliche Verblüffung löst sich in heiteres Lachen. „O, ich habe noch mehr," sagt Bunsen freundlich und präsentiert den Rest seiner Auszeichnungen aus der rechten Hosentasche. —

Heiteres.

Der Centrumsabgeordnete: „Sag'st eana dahoam, Bäurin, oamal thua i scho a Red, daß s' aa r' a Gaudi hamm." — (Simplicissimus.)

* *

Auch eine Sehenswürdigkeit. Fremder: „Wie können Sie Ihren Ort nur als Sommerfrische empfehlen! Man findet hier doch gar nichts — kein Bad, keine Umgebung, keine Sehenswürdigkeit!" Wirt: „Erlauwen Se gidigst — der cennunfzigste Breedegrad soll Sie hier doch ganz dichte dran vorbeigehn!" —

* *

Deplacierte Höflichkeit. Bei einer Rauferei wird ein Stammgast aus dem Wirtshause hinausgeworfen und bleibt im Graben liegen. Gleich darauf fliegt ein zweiter hinaus und kommt auf den Stammgast zu liegen. Dieser rafft sich etwas auf, sieht, daß sein Leidensgefährte ein Fremder ist und fragt höflich: „Mit wem hab' ich das Vergnügen?" —

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Dienstag, den 29. v. M., tagte die regelmäßige **Mitglieder-Versammlung des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands** (Filiale Magdeburg). Kollege F. Koch referierte über das Thema: „Warum sind wir unzufrieden?" An verschiedenen Beispielen bewies Redner den anwesenden Kollegen, daß sie ein Recht auf Unzufriedenheit haben, denn die wirtschaftliche Lage der Arbeiter sei heutzutage noch eine sehr kümmerliche und elende. Die Arbeiter wären aber wohl in der Lage, sich günstigere Lohnverhältnisse zu schaffen, wenn sie ihre Arbeitskraft dem Unternehmertum nicht so billig zur Verfügung stellten, darum müßten die Kollegen allesamt sich organisieren, damit dem Kapitalismus schärfer entgegengetreten werden könne. Unter Vereinsangelegenheiten wurden von einigen Kollegen Sachen zur Sprache gebracht, welche keinen besonderen Anklang unter den Mitgliedern fanden, vielmehr den Mitgliedern den Besuch der Mitglieds-Versammlungen verleiden. Es wäre auch bedeutend besser, wenn die Kollegen etwas vollzähliger in den Mitglieder-Versammlungen erscheinen würden, damit unter den Kollegen Magdeburgs die Begeisterung für unsere gute Sache wieder erweckt wird. Der gegenwärtigen Versumpfung muß Einhalt geboten werden. Die Abrechnung vom letzten Stiftungsfest stellt sich folgendermaßen: Einnahme 123 Mark, Ausgabe 136,65 Mark; also ist ein Defizit von 13,65 Mark zu verzeichnen. Thürhüter für die nächste Versammlung sind die Kollegen Harre und Fritsche. —

Die **Freie Religions-Gesellschaft** hält ihre ordentliche Gemeindeversammlung dieses Monats am Freitag, den 8. September, abends 8½ Uhr, im Gemeindehause, Marstallstr. 1, statt. —

Eine **öffentliche Versammlung der Steinsetzer** von Magdeburg und Umgegend findet am Sonntag, den 10. September, nachmittags 3 Uhr, in Groß-Ottersleben im Strumpfschen Lokale statt. Allseitiges Erscheinen erforderlich. —

Diesdorf. Wie aus Nr. 204 der Volksstimme ersichtlich, hat der Vertrauensmann des Wahlkreises Wanzleben eine öffentliche Kreisversammlung zum Sonntag, den 10. September, nachm. 3 Uhr, im Gasthof zum weißen Roß (Inh. Herm. Hildebrandt) zu Diesdorf anberaumt. Die Parteigenossen werden um zahlreiches sowie pünktliches Erscheinen ersucht, damit die Versammlung zur festgesetzten Zeit beginnen kann und somit den auswärtigen Parteigenossen Gelegenheit gegeben wird, der Versammlung bis zum Schluß mit beiwohnen zu können und ihre Rückkehr nicht verzögert wird. — Zugleich geben wir bekannt, daß am Sonntag, den 17. September, nachm. 3 Uhr, im gleichen Lokale Albert Schmidt-Magdeburg einen Vortrag über **die politische Lage** hält. —

Freitag, 8. September:

Arbeiter-Gesangverein Einigkeit Magdeburg. Jeden Freitag abend Uebungsstunde im „Bürgerhaus", Stephansbrücke. Daselbst Aufnahme neuer Mitglieder.

Männer-Gesangverein „Vorwärts", Alte Neustadt. Jeden Freitag Uebungsstunde bei Schuricht, Moldenstraße 26.

Naturheil-Verein Neue Neustadt. In der Genossenschafts-Badeanstalt, Breiteweg 31, Uebungsabend: Dienstags für Herren, Freitags für Damen. Anfang abends 8½ Uhr.

Turnverein „Jahn", Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnabend in der „Zerbster Bierhalle", Schöningerstraße 28.

Turnverein „Vorwärts" Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde in „Friedrichslust".

Männer-Turnverein „Frisch auf", Magdeburg. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde im „Drei Kaiserbund".

Freie Turnerschaft Magdeburg-Wilhelmstadt. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde im „Luisenpark".

Arbeiter-Turnverein Angola. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde in der Krone, Moldenstraße.

Arbeiter-Turnverein „Vorwärts", Fermersleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei Lausch.

Freie Turner Benneckenbeck. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde im Lokale des Herrn Hoppe.

Athleten-Klub Groß-Ottersleben. Jeden Dienstag und Freitag Uebungsstunde bei Strumpf.

Klein-Ottersleben. Männer-Turnverein Klein-Ottersleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei Friedrich Strumpf in Groß-Ottersleben.

Burg. Freie Turnerschaft. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde im „Hofjäger".

Diesdorfer Männer-Turnverein. Jeden Dienstag und Freitag Uebungsstunde im „Weißen Roß" (Inh. Hildebrand).

Arbeiter-Gesangverein Diesdorf. Jeden Freitag abends 8 Uhr Uebungsstunde bei Hermann Hildebrandt (Gasthof zum weißen Roß.)

Niederndodeleben. Arbeiter-Turnverein „Freiheit". Jeden Dienstag und Freitag Uebungsstunde bei Gustav Hornemann.

Arbeiter-Turnverein Olvenstedt. Dienstags und Freitags Uebungsstunde bei A. Schinke.

Sonnabend, 9. September:

Verband der Sattler und Tapezierer. Mitgliederversammlung abends 8 Uhr, in der „Burghalle", Tischlerkrugstraße 23.

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

					Fall	Wuchs
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	5. Sept.	+ 1.05	6. Sept.	—	—	—
Trotha	„	+ 1.42	„	+ 1.44	—	0.02
Alsleben	„	+ 1.18	„	+ 1.27	—	0.09
Bernburg	„	+ 0.83	„	+ 0.90	—	0.07
Calbe, Oberpegel	„	+ 1.36	„	+ 1.40	—	0.04
do. Unterpg.	„	+ 0.12	„	+ 0.20	—	0.08
Mulde.						
Dessau Muldebrücke	5. Sept.	+ 0.24	6. Sept.	+ 0.30	—	0.06
Iser, Eger, Moldau.						
Jungbunzlau	4. Sept.	+ 0.04	5. Sept.	+ 0.01	0.03	—
Laun	„	— 0.32	„	— 0.35	0.03	—
Budweis	„	+ 0.08	„	+ 0.06	0.02	—
Prag	„	— 0.28	„	— 0.35	0.07	—
Elbe.						
Pardubitz	4. Sept.	— 0.17	5. Sept.	— 0.09	—	0.08
Brandeis	„	— 0.18	„	— 0.16	—	0.02
Melnik	„	— 0.49	„	— 0.45	—	0.04
Leitmeritz	„	— 0.40	„	— 0.40	—	—
Außig	5. „	— 0.22	6. Sept.	— 0.21	—	0.01
Dresden	„	— 1.47	„	— 1.48	0.01	—
Torgau	„	+ 0.32	„	+ 0.33	—	0.01
Wittenberg	„	+ 0.98	„	+ 0.96	0.02	—
Roßlau	„	+ 0.45	„	+ 0.50	—	0.05
Barby	„	+ 0.66	„	+ 0.74	—	0.08
Schönebeck	„	+ 0.55	„	+ 0.58	—	0.03
Magdeburg	6. „	+ 0.85	7. „	+ 0.90	—	0.05
Tangermünde	5. „	+ 1.25	6. „	+ 1.34	—	0.09
Wittenberge	„	+ 0.99	„	+ 0.98	0.01	—
Dömitz, Pegel	„	+ 0.47	„	+ 0.45	0.02	—
Lauenburg	„	+ 0.52	„	+ 0.50	0.02	—
Havel.						
Brandenburg Oberpegel	4. Sept.	+ 2.04	5. Sept.	+ 2.05	—	0.01
do. Unterpegel	„	+ 1.36	„	+ 1.36	—	—
Oder.						
Kosel	4. Sept.	+ 0.86	5. Sept	+ 0.90	—	0.04
Brieg Oberpegel	„	+ 4.52	„	+ 4.48	0.04	—
do. Unterpegel	„	+ 1.84	„	+ 1.80	0.04	—
Breslau Oberpg.	„	+ 4.90	„	+ 4.92	—	0.02
do. Unterpegel	„	— 0.80	„	— 0.70	—	0.10
Frankfurt	2. „	+ 1.08	4. „	+ 1.02	0.06	—
Küstrin	„	+ 0.70	„	+ 0.68	0.02	—
Warthe.						
Posen	4. Sept.	+ 0.30	5. Sept.	+ 0.28	0.02	—
Küstrin	2. „	+ 0.00	4. „	+ 0.00	—	—
Weichsel.						
Thorn	1. Sept.	— 0.86	2. Sept.	— 0.74	—	0.12
Netze.						
Usch	1. Sept.	+ 0.30	2. Sept.	+ 0.37	—	0.07

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Auskunftsbureau

Kleine Klosterstraße 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.

Fernsprech-Anschluß 1459.

Geöffnet: Vormittags 9—1 Uhr, nachmittags 3½—7½ Uhr.

Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts, sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Kranken-Versicherung, Privatsachen, Armenrecht, Mietsverhältnisse, Dienstboten-, Schulzeugnisse und Lehr- und Arbeitsverhältnisse.

Gesucht werden:

2 Schlosser auf Stiftmaschinen, 1 [illegible], Klempner, Steinmetz auf Grabsteine, Maler in Dessau [illegible], Tapezierer auf Polster, Drechsler auf Meerschaum, 5 [illegible], Schuhmacher, Schneider, Tischler auf Bau und Möbel, 4 Barbiere, Barbierlehrling und ein Hausdiener.

Städt. Arbeitsnachweisstelle

unentgeltlich. **Bei der Hauptwache Nr. 5**

Geöffnet: Männl. Abteilung von 7—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.
Weibl. „ „ 9—1 „ „ „ 3—7 „ „

Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150—2155.

Es werden gesucht:

Männliche Abteilung:

50 Bauleute, 6 Steinbruchsarbeiter, Drechsler, Schmiede, Schlosser und Schuhmacher nach auswärts, Drechsler, Tischler, Sattler, Tapezierer, Glaser, [illegible], 1 Schmied [illegible], 1 [illegible], [illegible] für Krankenhaus, [illegible] und andere Lehrlinge.

Weibliche Abteilung:

Stellungsuchende weibliche Personen aller Berufe und Stände für häusliche und geschäftliche Arbeiten.

Standesamt.

Magdeburg, 6. September.

Aufgebote: Schlosser Herm. Nußbaum mit Luise Winzerling hier. Compt. Robert Mayweg mit Helene Spatmann h. Tapezier und Decorateur Paul Felix Herm. Zwanziger in Buckau mit Marie Elise Haake in Schönebeck. Klempner Paul Friedr. hier mit Sophie Duvenmann in Langenweddingen. Maschinenbauer Otto Klein hier mit Karoline Minna Luise Bönicke in Halle a. S. Schlosser Paul Burstümer in Neustadt mit Elise Webber hier. Kaufm. Otto Gleie mit Anna Toßmann hier. Schutzmann Ed. Maaß in Buckau [illegible] Marie Koch hier. Prokurist Herm. Müller mit Hedwig Kurkowsky. Fleischer Karl Rud. Wilhelm Kopf in Sudenburg mit Wilhelmine Benzke in Rothensee.

Eheschließung: Kaufmann Albert Hambert mit Elsbeth Ochs hier.

Geburten: Johannes, S. des Kaufm. Karl Neumann. Eleonore, T. des Schneidermeisters Karl Junker. Willy, S. des Arb. [illegible] Dückel. Elise, T. des Gerichtsdien. Friedrich Hohenstein.

Todesfälle: Paul, S. des Tischlers Karl Ulrer, 4 M. 26 T. Walter, S. des Schlossers Friedrich Meyer, 6 M. 15 T. Theodor Timme, Rentier, 86 J. 6 M. 17 T. Paul, unehelich, 22 T.

Sudenburg, 6. September.

Eheschließung: Musiker u. Klavierstimmer Friedrich Heinemann mit Wwe. Berta Marie geb. Bartels.

Aufgebote: Arb. Emil M. Linke in Neustadt mit Friederike Anna Luise Rautmann hier. Arb. Rob. Willy Lange in Neustadt mit Johanne Karoline Frieda Kindt hier. Eisenbahn-Hilfsbremf. Andr. Heinrich Karl Grimm mit Wilhelmine Auguste Grohe hier.

Geburten: Alfred, S. des Installat. Alb. Homann. Ernst, S. des Hilfsweichenstellers Karl Fiedler. Wilhelm, S. des Arb. Anton Sukalla. Elise, T. des Arb. Friedrich Ritze. Karl, S. des Schmieds Karl Koch. Margarete, T. des Schlossers Franz Dürre.

Todesfälle: Elisabeth Gertrud, 8 M. Wilhelm, S. des Händl. Wilhelm Lauenroth, 6 M. 23 T. Lina, T. des Arbeiters Albert Horenburg, 3 M. 26 T.

Neustadt, 6. September.

Aufgebote: Hilfsbremser Hermann Heinrich Wollschläger mit Bertha Martha Dorothee Buchmann. Bahnhofsarbeiter Friedr. Karl Wilh. Junghaus mit Marie Dorothee Jrrgang. Arb. Friedrich Albert Heinrich Schulle mit Luise Dorothee Marie Brüggemann.

Geburt: Adolf, S. des Arb. Robert Uhde.

Todesfälle: Käthe, T. des Arbeiters Herm. Mollweide, 8 M. 26 T. Martha, T. des Arb. Otto Güldenpfennig, 2 J. 5 M. 23 T. Lucie, T. des Arb. Oskar Jahnke, 24 T. Emma, T. des Arb.-Inv. Karl Hamann, 12 J. 2 M. 29 T. Walter, S. des Schuhm. Wilhelm Wagner, 4 J. 2 M. 6 T. Unbek. männl. Leiche, 35 J.

Totgeburt: Ein Sohn des Arbeiters Paul Hohmann.

Buckau, 6. September.

Aufgebote: Oberfeuerwerker Friedr. Wilhelm Stock in Magdeburg mit Martha Helene Elsbeth Schmidt hier.

Geburten: Hertha, T. des Schneidermeisters Heinrich Täger. Hermann Friedr., unehelich.

Todesfall: Walter, S. des königl. Schutzm. Wilhelm Hangen, 9 M. 14 T.

Sehenswürdigkeiten.

Städtisches Museum (Domplatz): Unentgeltlich geöffnet an Wochentagen (mit Ausnahme des Montags) von 11 bis 2 und 3 bis 5 Uhr, Sonntags von 11 bis 2 Uhr.

Panorama Magdeburg. Kaiser Wilhelmplatz.

Stadt-Bibliothek. An den Wochentagen geöffnet von 10—2 Uhr.

Heinrichshofensche Kunst-Ausstellung Eintritt frei.

Ständige Ausstellung des Kunstvereins im städt. Museum: Geöffnet am Sonntag von 11—2 Uhr, an den Wochentagen von 10—6 Uhr.

Grusonsche Gewächshäuser im Friedrich Wilhelms-Garten: Täglich geöffnet von 8—12 und 2—7 Uhr: Montags 1 Mark, an den übrigen Tagen 30 Pfg., schulpflichtige Kinder 20 Pfg. Unentgeltlich geöffnet: Mittwoch von 8—11 und 1—3 Uhr, ebenfalls jeden 1. Sonntag im Monat. Alle übrigen Sonntage von 2—7 Uhr nachmittag. Eintritt 10 Pfg.